

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Ersatzliste) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 75 M , für Verammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter.

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte die Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter zu erledigen, die am 11. und 12. November in Frankfurt a. Main stattfand. Der Zentralvorstand konnte den Verbandskörperschaften die Bilanz unserer Werbearbeit von diesem Jahr vorlegen, die einige sehr starke Aktivposten aufzeigte. Die Mitgliederzunahme beträgt seit Jahreschluss 1926 über 16 000, und auch die Verbandsfinanzen haben sich sehr gut entwickelt. Weit über 100 000 Mitglieder sind in unsern Verband organisiert; die Zahl der organisierten Lehrlinge beträgt über 12 000. Unser Verband ist zu einer Großorganisation geworden. Keine der übrigen gewerkschaftlichen Organisationen, abgesehen vielleicht vom Verband der deutschen Buchdrucker, wird ein ähnlich günstiges Organisationsverhältnis aufweisen können wie unser Verband. Aber nicht nur die Mitgliederbewegung und die Verbandsfinanzen zeigen einen erfreulichen Aufstieg, auch auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet hat unser Verband bedeutende Fortschritte gemacht. Der Konferenz konnte mitgeteilt werden, daß der Durchschnittslohn der Zimmerer von 100,94 M am Anfang des Jahres auf 109,07 M gestiegen sei. Mit Erfolg habe der Zentralvorstand versucht, auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge tarifvertraglich zu regeln. Zwar machen die Unternehmer noch große Schwierigkeiten bei der Durchführung der vertraglichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens; aber dennoch sei eine Grundlage geschaffen worden, auf der weiterzubauen, unsere Aufgabe sein müsse.

Neben diesen organisatorischen und tarifpolitischen Fragen hat sich die Konferenz auch mit den wirtschaftlichen Einrichtungen der Arbeiterschaft, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie mit dem Stand der sozialen Baubetriebe, befaßt. Die Leiter dieser Unternehmungen hielten beachtenswerte Referate, worin die Entwicklung und der Stand dieser Einrichtungen aufgezeigt wurden.

In einem besonderen Punkt der Tagesordnung wurden die Fragen der gewerkschaftlichen Erziehung und Bildungsarbeit unseres Verbandes behandelt. Der Zentralvorstand unterbreitete der Konferenz einen Plan, nach dem sich diese wichtige Arbeit in Zukunft abwickeln soll. Neben der Ausbreitung, so wurde hervorgehoben, müsse die Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens in den Reihen der Mitglieder unsere nächste Aufgabe sein. Einmütig stimmte die Konferenz den Vorschlägen des Zentralvorstandes zu.

Die Konferenz nahm ferner die Gelegenheit wahr, die Akademie der Arbeit, das Soziale Museum und das Institut für Sozialforschung zu besichtigen. Professor Rölling, der hauptamtliche Dozent an der Akademie der Arbeit, erläuterte der Konferenz den Aufbau und die Aufgaben der Akademie der Arbeit in wirkungsvoller Weise. Auch in den übrigen, vor den Konferenzteilnehmern besuchten Instituten wurden durch deren Leiter erläuternde Vorträge über die Aufgaben sowie Einrichtung dieser Anstalten gehalten. — Alles in allem: es war eine arbeitsreiche Tagung. Aus den Berichten klang Zuversicht. Der einheitliche Wille, die Zimmererbewegung auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet sowie in kultureller Hinsicht vorwärtszubringen, befeuerte die Konferenz.

Über den Stand unseres Verbandes berichtete Kamerad Wolgast. Die Wirtschaftslage hat sich im letzten Halbjahr wesentlich gebessert. Ausweislich aller statistischen Feststellungen ist die Arbeitslosigkeit seit Januar auf ein Drittel zurückgegangen. Fast alle Industrien berichten über eine günstige Konjunktur. Auch der Baugewerbemarkt war auf beschäftigt. Im Januar dieses Jahres waren noch 38,95 % Verbandsmitglieder arbeitslos, im August 3,78 %. Der September weist eine leichte Steigerung auf, doch bleibt die Arbeitslosigkeit mit 4,24 % weit zurück hinter der von 17,94 % im Parallelmonat des Vorjahres. Die günstige Konjunktur war auch für unsern Verband von Vorteil. Die Mitgliederzahl ist von 86 313 am Schluss des Jahres 1926 auf 101 797 Ende des dritten Quartals 1927 gestiegen. Allein im 3. Quartal betrug der Zugang 8839. Die Zahl der Lehrlingsmitglieder betrug Ende des dritten Quartals 12 067. Der Zuwachs an Mitgliedern ist nicht in allen Gauen gleich stark; bei intensiverer Werbearbeit hätte sich in einzelnen Gauen der Erfolg noch steigern lassen. Dennoch ist festzustellen, daß wir bereits 93 % unseres höchsten Mitgliederbestandes von 1922 erreicht haben. Ein erfreulicher Fortschritt, wie ihn nur wenige Gewerkschaften aufweisen können. Ein Zeichen aber auch von der starken Werbekraft unseres Verbandes. Der Erfolg ist um so höher zu bewerten, als sich das Verbreitungsgebiet unseres Verbandes bis weit auf das flache Land erstreckt und es überwiegend Kleinbetriebe sind, in denen Zimmerer arbeiten. Auch nach den Ergebnissen der neuesten Berufs- und Betriebszählung von 1925 ist das Baugewerbe Kleingewerbe,

von einer Konzentration ist so gut wie gar nichts zu verspüren. Die Verbandsfinanzen haben sich gleichfalls sehr günstig gestaltet. Der Vermögensbestand der Hauptkasse beträgt zur Zeit 3 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben für Lohnbewegungen betragen seit dem dritten Quartal 1926 158 000 M gegen 1125 000 M im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Für Erwerbslosenunterstützung wurden in der gleichen Zeit 562 000 M ausgegeben gegen 2 070 000 M im Jahre vorher. Voraussichtlich wird das Jahr 1927 mit einem Kassenbestand von reichlich 4 Millionen Mark abschließen. Die Vermögensbestände in den Zahlstellen belaufen sich auf rund 700 000 M . Wir können somit feststellen, daß unser Verband marschiert, und zwar in einem Tempo, wie wir das zu Anfang des Jahres noch nicht erhoffen konnten. Redner befaßt sich sodann in längeren Ausführungen mit den Aussichten des Wirtschafts- und Baugewerbemarktes für die nächste Zukunft. Zur Zeit herrsche eine starke Geldverknappung, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen europäischen Kontinent. Man wisse noch nicht, wie lange sie andauern würde. Unter den Wirkungen der Geldverknappung leide auch der Baugewerbemarkt. Die deutsche Wirtschaft werde zu einem erheblichen Teil aus Auslandsanleihen finanziert. Dem Baugewerbe seien daraus nur spärliche Mittel zugeflossen, weil die über die Genehmigung entscheidende Beratungsstelle den Standpunkt vertrat, der Wohnungsbau gehöre nicht zu den „unmittelbar produktiven Zwecken“. Inzwischen seien neue Richtlinien für die Beratungsstelle vereinbart worden, doch gehe auch daraus nicht klar hervor, ob der bisherige Standpunkt aufgegeben werden solle. Nach dem Ergebnis der neuesten Wohnungszählung fehlten in Deutschland rund 950 000 Wohnungen. Es müsse demnach gebaut werden, und zwar mit möglichstster Beschleunigung. Weil aber im Inland die erforderlichen Mittel dazu nicht zur Verfügung stünden, müssen solche aus Auslandsanleihen hergekommen werden; denn schließlich sei der Wohnungsbau nicht weniger produktiv als sonstige Wirtschafts- und Industriezweige, die ohne Not Gelder aus den Auslandsanleihen bewilligt bekommen. Den verantwortlichen Stellen in der Regierung müsse deshalb das Gewissen geschärft werden; der Baugewerbemarkt dürfe nicht zum Erliegen kommen, zumal das Baugewerbe ein Schlüsselgewerbe sei, von dem zahlreiche andere Gewerbe Beschäftigung erlangten. Redner machte im weiteren auf die Kampfvorbereitungen im Unternehmerlager vornehmlich in der Industrie, aufmerksam, auf die Bildung von Gefahrengemeinschaften usw. Auch wir hätten allen Anlaß, alle diese Vorgänge aufmerksam zu verfolgen und daraus die richtigen Lehren zu ziehen.

Redner berichtete sodann über Verhandlungen der baugewerblichen Arbeiterverbände aus Anlaß des Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskongresses über die Organisationsfrage. Die Sitzung habe der Vorstand des AOB einberufen und geleitet. Der Verlauf der Sitzung habe ergeben, daß die Zeit zum Zusammenschluß der baugewerblichen Verbände noch nicht gekommen sei; deshalb habe der Vorstand des AOB, gemäß den Satzungen den Verbänden den Abschluß eines Kartellvertrages empfohlen und einen Entwurf dazu unterbreitet. Ob es zum Abschluß eines Kartellvertrages komme, lasse sich noch nicht sagen. Der Baugewerksbund habe anscheinend nur geringe Neigung dazu, bei den übrigen Verbänden sei ebenfalls kein Bedürfnis vorhanden, und schließlich gehe es ja auch ohne Kartellvertrag. Unsere Vertreter hätten sich zum Abschluß eines Kartellvertrages bereit erklärt. Bei diesem Punkt machte Kamerad Wolgast noch einige Mitteilungen über die Behandlung der Organisationsfrage auf dem Bundeskongress des Deutschen Baugewerksbundes. Weiter besprach Kamerad Wolgast die Ende Oktober zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und den baugewerblichen Arbeiterverbänden vereinbarten Richtlinien für Arbeitsbedingungen in den sozialen Baubetrieben. Sie sollen im Interesse beider Teile, der sozialen Baubetriebe sowohl als auch der Gewerkschaften, ein ungestörtes Arbeiten sicherstellen. Zur Beseitigung von Differenzen, gleichviel welcher Art, seien zunächst Vertreter der betroffenen Bezirke und in letzter Instanz Vertreter des Verbandes sozialer Baubetriebe und der Zentralvorstände eingesetzt. Man dürfe erwarten, daß sich solche Differenzen vermeiden ließen, wenn Geschäftsleitungen und Belegschaften sich beiderseits bemühten, ein möglichst gutes Einvernehmen herzustellen. Schließlich behandelte Redner noch kurz die Frage der Schlichtungszwänge und der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. — Wenn wir, so schloß Redner seine Ausführungen, rückblickend die Entwicklung unseres Verbandes im letzten Jahr über-

blicken, so erfüllt sie uns mit berechtigtem Stolz. Wir wachsen! Wir schreiten voran! Allen, die dabei geholfen haben, unsern Dank. Allein, wir dürfen auch jetzt noch nicht rasten. Dem Erfolg in diesem Jahr müssen neue Erfolge sich anreihen. Das stärkt unsere Position im Kampf gegen das Unternehmertum, gibt uns zugleich wachsende Bedeutung im Rahmen der allgemeinen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Mögen die, die uns als geistig rückständig schelten, es uns nachmachen. Sie könnten uns damit mehr imponieren, als wenn sie uns immer einreden möchten, die Form unseres Verbandes sei nicht zeitgemäß und nur ihre Organisationsform sei die richtige. Bistand sind sie den Beweis dafür schuldig geblieben; denn der Beweis ist nicht durch Beschlüsse zu erbringen, sondern durch die Tat. Für uns aber zeugt die Tat!

Schumann behandelte anschließend die Werbetätigkeit im einzelnen. Der Erfolg dieser Werbearbeit sei in seiner Gesamtheit und auf die einzelnen Gauen verteilt in den unterbreiteten Tabellen ausführlich dargestellt. Die Mitgliederzahl habe sich von 86 304 am Schluss des Jahres 1926 um 15 493 auf 101 797 am Schluss des dritten Quartals 1927 erhöht. Die Zahl der Lehrlinge sei in derselben Zeitspanne von 8876 um 3191 auf 12 067 gestiegen. Das eigentliche Ergebnis unserer Werbearbeit sei ein Neuzugang von insgesamt 21 502 neuen Verbandsmitgliedern. Diesem Neuzugang stehe ein Abgang von 4082 gegenüber. Der Ueberschuß an Neuzugang ergebe demnach die statische Zahl von 17 420 neuen Mitgliedern. Ein hocherfreuliches Ergebnis unserer Werbearbeit, das sicherlich niemand zu Beginn des Jahres erwartet habe. Die richtige Bewertung des Ergebnisses unserer Werbearbeit ergebe erst ein Vergleich mit dem Erfolg anderer Organisationen. Der Deutsche Metallarbeiterverband berichte zum Beispiel über die Aufnahme von mehr als 100 000 neuen Mitgliedern in den 3 Quartalen 1927. An sich ein gewaltiger Erfolg. Ein Vergleich mit dem Werbeerfolg unseres Verbandes sei aber nicht möglich, weil über die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Angaben fehlen. Der Deutsche Holzarbeiterverband, der bestorganisierte deutsche Industrieverband, berichte über einen Mitgliederzuwachs von rund 15 600 seit Anfang des Jahres 1927. Trotzdem habe dieser Verband mit seinen 282 300 Mitgliedern Ende August 1927 erst 65 % seines Höchstmitgliederbestandes im Jahre 1922 wieder erlangt, während wir bereits wieder 93 % des Höchstmitgliederbestandes heringebracht hätten. Der Deutsche Baugewerksbund habe im ersten Halbjahr 1927 seinen Mitgliederbestand um 42 565 erhöht, davon entfielen 13 965 auf die Gruppe Maurer. Die Mitgliederzahl der Gruppe Maurer sei mit 173 124 angegeben. Auch der Deutsche Baugewerksbund mache keine Angaben über die Zahl der für sein Organisationsgebiet in Frage kommenden Arbeiterschaft. Ein Vergleich der Organisationsverhältnisse zwischen den Maurern und Zimmerern aus früherer Zeit ergebe folgendes Bild: Der frühere Zentralverband der Maurer hatte rund 210 000 Maurer in sich vereinigt, während unser Verband damals 60 000 Mitglieder zählte. Demnach stand das Organisationsverhältnis damals 3:1. Heute habe sich das Verhältnis ganz wesentlich zugunsten unseres Verbandes geändert. Auf einen in unsern Zentralverband organisierten Zimmerer entfielen 1,8 organisierte Maurer.

Erst der Vergleich der Erfolge der Werbearbeit in den vorgenannten Verbänden lasse die volle Bedeutung des Erfolges unserer Werbearbeit erkennen. Von den nach der Berufsstatistik des Jahres 1927 ermittelten 183 564 Zimmerern (die neueren Zahlen der Berufsstatistik 1925 liegen noch nicht vor) seien demnach 55 % in unsern Verband organisiert, gegen 25 % der im engeren Verbandsgebiet Ende 1926 durch unsere eigenen Feststellungen ermittelten 119 677 Zimmerer. Mit Recht dürften wir auf diese Erfolge unserer Werbearbeit stolz sein. Unser Verband sei eine der bestorganisierten Gewerkschaften in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. An diesen Erfolgen hätten alle Gauen mehr oder weniger Anteil. Der Neuzugang an Mitgliedern schwankte zwischen 259 im Gau 7 (Mecklenburg) und 2925 im Gau 9 (Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg). Sieben Gauen, und zwar die Gauen 1 (Ost- und Westpreußen), 4 (Pommern), 5 (Brandenburg), 6 (Niederschlesien und Ostschlesien), 9 (Freistaat Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg), 10 (Schleswig-Holstein und Oldenburg) und 18 (Baden) hätten den Höchstmitgliederbestand von 1922 überschritten. Andere Gauen seien noch, teils ganz beträchtlich, hinter dem Höchstmitgliederbestand zurückgeblieben. Insgesamt fehlen immer noch 7663 Mitglieder an diesem Höchststand von 1922. Die Ursachen für die stark unterschiedlichen Ergebnisse der Werbearbeit in den einzelnen Gauen ließen sich von der Zentrale aus nicht klar feststellen. Die Berichterstattung

der Bauleiter an den Zentralvorstand sei gerade in dieser wichtigsten Organisationsfrage mehr als dürrig. Die Konjunktur im Baugewerbe allein sei aber nicht ausschlaggebend für die Erfolge bei der Werbearbeit. Sie sei vielleicht noch nicht einmal der wichtigste Faktor hierfür. Es müßten demnach andere Gründe vorliegen, die nicht offen zutage treten. Angenommen dürfte ohne weiteres werden, daß alle Bauleiter alles daransetzen, um die Werbefähigkeit zu beleben. Ob aber die Anregungen und Anweisungen der Bauleitungen bei allen Funktoren in den Zahlstellen das nötige Verständnis gefunden, müsse stark in Zweifel gezogen werden. In einzelnen Gauen hätten fast alle Zahlstellen einen verhältnismäßig starken Neuzugang an Mitgliedern aufzuweisen. In andern Gauen dagegen nur ganz vereinzelte Zahlstellen, während in dem größeren Teil von einer Werbearbeit überhaupt nichts zu spüren gewesen sei. Hieraus lasse sich schlußfolgern, daß die Anregungen der Bauleitungen zur Werbearbeit von vielen Zahlstellenfunktionären unbeachtet geblieben seien. Hier gelte es, noch kräftig nachzufassen und Versäumnis nachzuholen. Die Durchführung der Anregungen der Bauleitungen müsse weit schärfer beobachtet werden. Der trotz alledem starke Erfolg unserer Werbearbeit sei allein innerhalb des jetzigen Verbandsgebietes erzielt worden. Ueber den jetzigen Rahmen ihres Wirkungsgebietes der Bauleitungen seien nur in ganz vereinzelten Orten Verbindungen mit den Zimmerleuten angeknüpft worden. In dieser Beziehung liege noch ein großes Arbeitsfeld vor.

Unsere nächste Aufgabe sei, die in diesem Jahre dem Verbandsgebiet zugeführten neuen Mitglieder dauernd zu halten. Dazu sei der Ausbau der Verbandszahlstellen und ihrer Einrichtungen für die gewerkschaftliche Schulung der Verbandsmitglieder Vorbedingung. Der gründliche Ausbau des Bau- und Platzdelegiertensystems, der regelmäßigen monatlichen Bücherkontrollen auf allen Arbeitsstellen und sofortiger Berichterstattung über die Kontrolle an den Zahlstellenvorstand seien wirksame Mittel hierzu. Ebenso notwendig sei die öftere persönliche Führungnahme der Bauleitungen mit den Mitgliedern oder wenigstens mit den Funktoren der Zahlstellen, um die innige Zusammenarbeit zu erhöhen. Darüber hinaus müßten Vorkehrungen für die Werbearbeit im nächsten Jahre in den noch immer unerforschten Gebieten schon in diesem Winter getroffen werden. Wenn diese Vorarbeit geleistet, alle Kräfte mobilisiert werden, so würden die Wege zu weiteren Erfolgen geebnet.

In der Aussprache wurden von allen Rednern die Erfolge unserer Werbearbeit begrüßt. Auch die Schwierigkeiten der Agitationsarbeit, besonders in den ländlichen Gebieten, wurden geschildert. Hervorgehoben wurde, daß das Organisationsverhältnis der Zimmerer viel günstiger sei als in andern Organisationen. Die bei der amtlichen Berufszählung ermittelten 133 000 Erwerbstätigen im Zimmerergewerbe seien nicht restlos organisationsfähig. Daß trotzdem noch genügend auf dem Gebiete der Werbearbeit für unsern Verband zu leisten ist, wurde von allen Rednern anerkannt. Das Verhalten der fremden Zimmergesellen wurde, weil es vielfach verbandsschädigende Formen angenommen hat, kritisiert. Dem Zentralvorstand wurde anheimgegeben, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die Auswüchse der verschiedenen Schächte beseitigt würden. Die neuen Richtlinien, die zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und den baugewerblichen Organisationen vereinbart wurden, lösten ebenfalls eine Kritik aus; doch wurde ihnen im ganzen zugestimmt. Auch die Frage des amtlichen Schlichtungszwanges wurde in der Aussprache erörtert. Es kam zum Ausdruck, daß starke und auf disziplinierte Organisationen sehr gut ohne die amtlichen Schlichtungsinstanzen auskommen könnten. Im Baugewerbe sei es nur sehr selten vorgekommen, daß die amtlichen Schlichtungsstellen angerufen wurden. Die Konferenz vertrat die Ansicht, daß ein Abbau des amtlichen Schlichtungszwanges im Interesse der schwachen Organisationen gegenwärtig noch überlegt werden sollte.

Im Schlußwort ging Kamerad Wolgast näher auf einige Fragen ein. Die Erfolge unserer Werbearbeit müßten ein Unipon sein, diese Arbeit fortzusetzen. Dem Verhalten der fremden Schächte müsse durch geeignete Maßnahmen, in erster Linie durch Aufklärung und Bildungsarbeit in den Reihen der Jungkameraden entgegengewirkt werden. Auch der Zentralvorstand sei bereit, in dieser Richtung sein Möglichstes zu tun. Einige in der Aussprache hervorgetretenen Unklarheiten bezüglich der Richtlinien,

die mit dem Verband sozialer Baubetriebe abgeschlossen wurden, konnten klargestellt werden. Zur Frage des amtlichen Schlichtungszwanges betonte Kamerad Wolgast, daß ein Abbau der amtlichen Schlichtungsinstanzen der Gewerkschaftsbewegung besonders einer Reihe von schwachen Organisationen, Schwierigkeiten bringen könnte. Starke Gewerkschaften brauchten sich vor den amtlichen Schlichtungsinstanzen nicht zu fürchten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Reichstarifvertrag und bezirkliche Lohn- und Arbeitstarife“, führte Kamerad Melzer folgendes aus:

Trotz großer Bedenken habe der Außerordentliche Verbandstag dem neuen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe seine Zustimmung gegeben. Besonders einzelne Paragraphen des Vertrages haben zu Auseinandersetzungen mit den Unternehmern geführt. Das Unternehmertum und seine Syndikate haben alles versucht, diesen Paragraphen eine Auslegung zu geben, die den Arbeitern ihre wenigen Rechte noch streitig macht. Eine Reihe Verhandlungen in Schlichtungskommissionen und Tarifämtern waren notwendig, um die Differenzen zu schlichten. Das Haupttarifamt mußte in 5 Sitzungen 57 Entscheidungen fällen. Diese Instanz war schon bei Abschluß des Vertrages wegen ihrer großen Machtfülle heftig umstritten. Die Hauptarbeit, die nach Abschluß des Reichstarifvertrages zu erledigen war, bestand in der Regelung der Löhne. Vereinbarungen waren nur im Freistaat Sachsen, Schleswig-Holstein, Bayern, Mecklenburg, Schlesia-Grünberg, Thüringen und Württemberg möglich. Ueber alle übrigen Lohngebiete mußte das Haupttarifamt einstimmig entscheiden. Wenn wir der Meinung waren, das Haupttarifamt würde die Sprüche der Tarifämter, die doch die örtlichen Verhältnisse in den Lohngebieten am besten kennen, nicht umändern, so hatten wir uns getäuscht. In Ostpreußen, Oberschlesien, Siegen-Lahn (heftiger Teil) und Westdeutschland wurden die Sprüche zumgunsten der Arbeiterschaft geändert, und nur in einem Falle, in der Rheinpfalz, wurde auf den Spruch des Tarifamtes 1:3 zugelegt. Redner schilderte dann die Lohnbewegung unserer Kameraden in Groß-Berlin. Auch hier habe das Haupttarifamt zumgunsten der Arbeiter entschieden. Eine Übersicht über den Stand der Lohnbewegung ergebe folgendes Bild: Von den im letzten Herbst ermittelten 100 131 Zimmerern ohne Lehrlinge haben 97 830 Kameraden eine Lohnsteigerung erhalten. Für diese wurde eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 8,32 % pro Stunde erzielt. Im Durchschnitt beträgt die Steigerung des Stundenlohnes 8,13 %. Der DurchschnittsStundenlohn, der am Schlusse des Jahres 1926 100,94 % betrug, erhöhte sich am Schlusse des Jahres 1927 auf 109,07 %. Wenn auch das Ergebnis einigermaßen zufriedenstellend sei, so müsse doch beachtet werden, daß durch Mieterhöhungen und Preissteigerungen aller Bedarfsartikel der größte Teil der Mehreinnahmen unserer Kameraden wieder verloren ging. In der Arbeitszeitfrage haben sich die Unternehmer die denkbarste Mühe gegeben, trotz des § 3 im Reichstarifvertrage eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen. Eine Eingabe der Unternehmer vom 2. Juni an den Reichsarbeitsminister hatte keinen Erfolg. Der Minister verwies die Unternehmer an das Haupttarifamt. Dieses fällt die Entscheidung Nr. 45: Das Arbeitszeitgesetz ist keine gesetzliche Neuregelung im Sinne des § 3 Ziffer 1 des Reichstarifvertrages. — Der Reichsarbeitsminister hat nun mit Schreiben vom 9. Oktober Mitteilung gemacht, daß er die Angelegenheit der verschiedenartigen Verhältnisse halber, an die Landesregierungen verwiesen habe. Wenn nun gegenwärtig die Lichtverhältnisse ein längeres Arbeiten nicht erlauben, so müsse doch im Frühjahr damit gerechnet werden, daß die Unternehmer erneut drängen und an unsern Kameraden wird es liegen, diesen Ansturm abzuwehren. Bestreben erregte der Einspruch der Unternehmer gegen die bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife im Freistaat Sachsen, Ostpreußen, in Schleswig-Holstein und im Unterweser-Emsgebiet, weil dort die örtlichen Organisationen eine Regelung der Arbeitszeit vorgenommen hätten. Auch damit mußte sich das Haupttarifamt beschäftigen und den Unternehmern klarmachen, daß durch die protokollarische Erklärung der Vertragsparteien vom 30. März 1927 eine freiwillige Regelung durch die bezirklichen Organisationen nicht verboten sei. Ein trotzdem erhobener formaler Einspruch sei mit dem Tarifgedanken allgemein, sowie mit der im § 12 des Reichstarifvertrages übernommenen Pflicht zur Durchführung des Reichstarifvertrages nicht vereinbar.

Großen Streit löste die Regelung der Lehrlingsfrage aus. Wenn die Arbeiterorganisationen glaubten, daß durch die Regelung im § 6 des Reichstarifvertrages Klarheit geschaffen sei, so täuschten sie sich, weil die Unternehmer einmal als Mitglieder des Arbeitgeberbundes und das andere Mal als Innungsmitglieder auftraten. Der Streit, daß alle Lehrlinge den festgesetzten Lohn zu erhalten haben und daß für alle Lehrlinge die in die Arbeitszeit fallenden Schulstunden bezahlt werden müssen, ist durch die Entscheidungen Nr. 27 und 28 des Haupttarifamtes geregelt worden. Trotz dieser Entscheidungen wird von den Arbeitsgerichten in der Frage der Lehrlingsentlohnung ganz verschieden geurteilt. Tagelöhner haben die Landesarbeitsgerichte bis jetzt diese Streitigkeiten einheitlich im Sinne der Entscheidungen des Haupttarifamtes beurteilt. Der Instanzenweg in diesen Streitigkeiten sei die Schlichtungskommission, der Innungsausschuß und das Arbeitsgericht. Auch in der Ferienfrage seien viele Differenzen entstanden. Wegen ganz kurzer Arbeitsunterbrechungen verurteilten die Unternehmer den Kameraden die Ferienberechtigung abzuspochen. Der Streit, ob die Lehrlinge Ferien zu erhalten haben, sei durch eine protokollarische Erklärung im Reichstarifvertrag geregelt. Große Schwierigkeiten bereitete der Abschluß der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife. Für ungefähr 35 Gebiete seien Lohn- und Arbeitstarife abzuschließen. Der Abschluß sei erst in 28 Gebieten erfolgt, während in 7 Gebieten der Abschluß bezirklicher Verträge noch nicht folgen konnte. Bis jetzt sind 12 bezirkliche Lohn- und Arbeitstarife für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Akkordarbeit dürfte in unserm Gewerbe keine Rolle mehr spielen, da wir an dem Anhang zum Reichstarifvertrag, die Akkordarbeit betreffend, nicht beteiligt sind. In unsern Kameraden wird es liegen, den Nachweis zu bringen, daß jeder organisierte Zimmerer die Akkordarbeit ablehnt und nur im Stundenlohn arbeitet. Ob alle bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife noch in diesem Jahre zum Abschluß kommen, sei zweifelhaft. Große Kraftanstrengung war notwendig, um die Rechte der Kameraden aus dem Tarifvertrag zu wahren. Die Mängel des Reichstarifvertrages künftig zu beseitigen, wird unser Ziel sein müssen. Entscheidend sei dabei die Kraft und Stärke der Organisation.

Auch über diesen Punkt der Tagesordnung war die Aussprache sehr lebhaft. Den Bestrebungen der Unternehmer, die darauf abzielten, in der Arbeitszeitfrage ihren Willen durchzusetzen, müsse gebührend entgegengetreten werden. In vielen Fällen würden die abgeschlossenen Verträge nicht so ausgelegt, wie es Treu und Glauben und die Rücksicht auf die Verkehrssitte erforderlich machen. Die Unternehmer seien bestrebt, ganz klare Bestimmungen des Reichstarifvertrages in ihrem Sinne ausulegen. Besonders in der Ferien- und Lehrlingsfrage verurteilten sie alles, um die bestehenden Vereinbarungen zu umgehen. Einmütig vertrat die Konferenz die Auffassung, daß die Akkordarbeit aufs schärfste zu bekämpfen sei. — Im Schlußwort konnte Kamerad Melzer auf verschiedene Anfragen eingehen. Der einheitliche Wille der Konferenz, auf Lohn- und tarifpolitischen Gebiet vorwärtszukommen, konnte durch Kamerad Melzer im Schlußwort nochmals festgestellt werden.

Sonntags, 12. November, nahm die Konferenz zunächst ein Referat vom Geheimrat Dr. Bachem über „Die Aufgaben der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ entgegen. In seinen interessanten und allgemeinverständlichen Ausführungen behandelte der Referent die geschichtliche Entwicklung der Banken vom einfachen Geldwechslergeschäft bis zur modernen Kreditorganisation in der Gegenwart. Die volkswirtschaftliche Funktion der Banken sei heute eine andere als die Geldwechslergeschäfte der Banken im Mittelalter. Heute sind die Banken wichtige Faktoren in der Wirtschaft. Der Zirkulationsprozeß des Geldes werde heute in erster Linie von Banken geleitet. Die einzelnen Formen der Bankgeschäfte erläuterte der Redner sehr ausführlich und in leichtverständlicher Weise. Die Anlage der Gelder und deren sachgemäße Verwaltung sei eine der Hauptaufgaben der Banken. Eine überaus wichtige Aufgabe der Banken sei die Funktion als Kreditgeber. In dieser Eigenschaft kommen die Banken in engsten Kontakt mit der Wirtschaft. An Hand von Beispielen zeigte der Referent die Wichtigkeit des Kreditgeschäftes. Die Banken seien heute in der Lage, durch ihre Kreditpolitik einzelne Zweige der Wirtschaft stillzulegen. Hier zeigte sich in besonderem Maße der Einfluß auf die Gestaltung der Produktion. Den Bauwirtschaftskredit zu besorgen, sei ebenfalls eine Aufgabe der Banken. Dieses für

Die Stadt.

Der Brückenweg zu ihr ist ein steinerer Traum:
Zeitlos und doch wieder Zeit und Raum.
Wenn der fahle Himmel wagt wie das Meer,
Weißt sie doch Stadt — sie stirbt nicht mehr.

Wohl ist ihr Herz vergast vom scharfen Rauch,
Ihr Fleisch ist aus Asphalt, ihr Oelf ist es auch.
Ihr Wind schmeckt nach metallenen Tieren;
Aus den Schenken riecht es nach schlechten Bieren.

Aber trotz Geruch und Stahl lehrt sie uns beten.
Wenn wir verrückt den feurigen Abend betreten,
Feierlich aufgetan, doch müde, belegt mit Staub,
Umfaßt sie uns wie eine Kapelle mit Del und Laub.

Sie segnet uns und ist schon ein göttlicher Stern.
Aus tausend Hämmern geschlagen, so hab ich sie gern.
Die Nacht schläft auch in ihren Fahnen nicht:
Immer ist Tag und Werk, immer ist Arbeit und Licht!

W. D.

Kurt Kläber.

Kein zweiter Dichter war in einem so elementaren Sinne der freien bündischen Jugend Deutschlands Hoffnung und Aufblick. Was Paul Mordes des Reichspfadfinders (und darüber hinaus), Walter Fleg dem Wandervogel war, das war und ist Kurt Kläber dem arbeitenden Jungvolk. Seine ersten Gedichte („Neue Saat“, Verlag: Jenaer Volksbuchhandlung) lasen wir mit rotschwarzem Gesicht in den Mittagspausen, auf Fahrt, zwischen Wald und dem

schmalen Streifen Himmel, der uns Sonntags für wenige Stunden geschenkt war. Wenn wir oft nach all den schmerzlichen Enttäuschungen des Lebens fast verzweifeln wollten, sagten wir Kläbers Gedicht „Der neue Mensch“ vor uns hin:

Ich stehe in all den lodernen Flammen,
Ein weinender Mensch mit getretenem Leib,
Es fallen die Welten in mir zusammen,
Ich bin ein in Flammen gebärendes Weib!
Noch brennen in mir nur rasende Schmerzen,
Noch blute ich heiß aus Wunden und Spott,
Ich ahne nur tief in meinem Herzen
Den neuen Menschen wie einen Gott!

Es kam dann wieder Mut in uns auf, Glaube, wir basten die Faust noch fester, Wind flog in unsere Fahnen — zum Teufel auch! Wir sind nichts, doch „Lasset uns die Welt gewinnen“ (Barthel). — Heute, wo selbst die Jüngsten unter den Jungen bedächtiger erscheinen, ist das arbeitende Jungvolk und die Anteilnahme ihren Dichtern gegenüber nicht zukunftsgläubiger, doch unromantischer geworden. Das ist kein Vorwurf, im Gegenteil, das Plus ihrer inneren Selbstständigkeit und ihres größeren Wirklichkeitssinnes adelt das Tun und Lassen dieser Jugend. Wenn sie noch vor wenigen Jahren allen möglichen und unmöglichen Phantastereien nachhing und damit eine Welt zu verändern glaubte, war das ihr gutes Recht, gutes Recht, solange sie nichts zu verlieren hatte. Der Geist, der sie heute befeuert, ist ein kritischer Geist geworden. Der Blick ist klarer, das Auge heftiger.

Diese psychologische Betrachtung eines Jugendalters als Einleitung ist nichts weiter als eine fragmentarische Rand-

bemerkung zu dem Werk Kurt Kläbers. Die uns heute vorliegenden Bücher berühren mit Deutlichkeit den Schnittpunkt dieser Umwandlung, oder besser, dessen Gestaltwerdung (nach einer Zeit des Vagens, Verschwommenseins, Unkörperlichen) einer neuen Jugendlichkeit — wenigstens sehe ich es so. Kläbers Entwicklung ist die einer ganzen Jugend gewesen mit all ihren Irrtümern, romanistischen Abglauben und schiefen Erkenntnissen, die darum schief waren, weil sie nicht in den Tätigkeitsprozeß der Gesellschaft organisch eingegliedert waren, sondern zu einem Leben nebenher (in Siedlungen, Werkgemeinschaften) und auf der Landstraße berechtigten sollten. Heute glaubt zum Beispiel kein sechzehnjähriger Arbeiterjunge mehr, die Welt durch Fabrikation von Holzleuchtern oder durch das Tragen langen Kopphaars erlösen zu können. Die Zahl derjenigen, die noch immer auf die kleinen Propheten und Pöphopathen hereinfallen, ist bedeutend zusammengeschrumpft und hat sich zugunsten älterer Jahrgänge verschoben. Lächerlich ist aber auch der Gedanke, durch eine handvoll schöner Worte, die ein Gedicht austreut, Brot und Freiheit für alle zu schaffen. Was wir Jugendbewegung nannten, war ja ein Teil dieser politischen Schwärmer, die von ihren mit Beschlag belegten Dichtern gleiche Unkenntnis weltpolitischer Zusammenhänge verlangten. Dafür Gedichte, die fast alle mit „Morgenrot“ ausklangen. Daher so viele „proletarische Dichter“. Man soll mich nicht mißverstehen, ich plädiere keineswegs gegen das „schöne Gedicht“, nicht gegen George, Rilke und andere, ich plädiere lediglich für das „schöne Gedicht“ als Privatvergnügen des einzelnen. Die Zeit und die Not der Zeit gehen, darüber hinweg. „Ich fühle wie langsam, aber unerbittlich sich alles von

Kameraden, bestimmt überall Bau- und Platzdelegierte!

Ohne Platzdelegierte kein Mitbestimmungsrecht!



Der Unternehmer; Jetzt aber raus mit Euch. Widerspruch gegen Entlassungen dulde ich nicht. Ich bin Herr im Hause. Unbillige Härte kenne ich nicht...

uns besonders wichtige Gebiet wurde durch den Referenten eingehend behandelt. Eine ebenfalls wichtige Form des Bankgeschäftes sei der Handel mit Wertpapieren. Das Effekengeschäft sei mit großen Risiken verbunden. Ausführlich erläuterte der Redner die zulässige Belastung der Banken mit Effekengeschäften. In Emissionsgeschäften sei das Bankkapital ebenfalls hervorragend tätig. Die Aufgabe der Banken bestehe darin, die Emissionen an der Börse unterzubringen. Eine etwas untergeordnete Rolle spiele heute das Depotgeschäft. Die weiteren Zweige des Bankgeschäftes, wie Devisen- und Sortengeschäfte wurden ausführlich erläutert. Nach diesen Darlegungen behandelte der Redner die Möglichkeiten der Beeinflussung der Bankgeschäfte durch die Arbeiterschaft. An Hand von zahlreichen Beispielen zeigte der Referent die Wirkungen der Bankpolitik auf die Gestaltung der Wirtschaft. Die sozialen und wirtschaftlichen Gefahren können nur beseitigt werden, wenn das Geld der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch eigene Bank verwaltet wird. Durch die Gründung einer eigenen Bank sei die Arbeiterschaft in der Lage, ihren Eigenbetrieben Kredite zur Verfügung zu stellen. Das Geld der Arbeiterbank fließe den wirtschaftlichen Institutionen der Arbeiterschaft wieder zu. Wie groß der Einfluß der Bank als Kreditgeber der Baugenossenschaften und ähnlicher Einrichtungen heute sei, legte der Redner an Hand von Zahlen dar. Im Jahre 1926 wurden rund 7 716 000 M an Baukrediten und Hypotheken an gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaften gegeben. Die Summe der Kredite, die dem Wohnungsbau zufließen, betrug in den ersten neun Monaten des Jahres 1927 rund 249 Millionen Mark. Seit Gründung der Bank wurden rund 37 Millionen Mark Baukredite gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaften zur Verfügung gestellt. Eine weitere Aufgabe der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei die Beratung der Genossenschaften und Gewerkschaften. Die Bank habe heute schon eine Reihe von Filialen errichtet, so in Hamburg, Dresden, München und Frankfurt a. M. In einer weiteren Reihe von Städten befänden sich heute schon Zahlstellen, die ebenfalls die Aufgabe haben, die Gelder der Arbeiterschaft zu verwalten und nutzbringend anzulegen. Auch über die Entwicklung der Sparkasse der Bank der Arbeiter und Angestellten äußerte sich der Redner. Bis heute seien 10 Millionen Mark in der Sparkasse deponiert. Alle Funktionäre der Gewerkschaften müßten die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterstützen. Auch der kleinste Betrag müsse der Bank der Arbeiter, Angestellten

und Beamten zur Verfügung gestellt werden. Wie groß der Einfluß der Bank sei, bewiese der Umstand, daß innerhalb ganz kurzer Zeit die Bank über 72 Millionen Mark verwalte. Es müsse Aufgabe aller Funktionäre sein, im Lande eine rege Propaganda für die Bank zu entfalten. — Die trefflichen Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion wurde abgesehen.

Nunmehr folgte ein Referat von August Ellinger über den Stand der Bauhüttenbewegung. Mit der Schaffung der Bauhüttenbewegung haben, so führte Redner aus, die Gewerkschaften etwas grundsätzlich Neues in Angriff genommen, nämlich die schrittweise Eroberung eines Teiles der deutschen Wirtschaft. Ihre Aufgabe war in der Vorkriegszeit die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder durch Erkaufung hoher Löhne und einer kürzeren Arbeitszeit. Es ist oft behauptet worden, daß diese Arbeit eine Sisyphusarbeit sei, weil die gewerkschaftlichen Erfolge durch Preiserhöhungen stets wieder ausgeglichen würden. Diese Behauptung ist in dieser Allgemeinheit sicher unrichtig. Allerdings bedeutet die Verbesserung des Nominallohnes nicht eine gleich große Erhöhung des Reallohnes, das heißt, der Kaufkraft des Arbeiters. Während des Krieges und der Inflation wurde die durch die gewerkschaftlichen Kämpfe errungene Lebenshaltung restlos wieder zerstört. Selbst vor 1890 war der Reallohn der deutschen Bauarbeiter nicht so niedrig, wie in der Inflationszeit. Inzwischen haben die Gewerkschaften die Lebenshaltung ihrer Mitglieder wohl allgemein wieder auf die Höhe von 1914 gebracht. Teilweise ist vielleicht diese Lebenshaltung auch bereits wieder überschritten. Aber die deutsche Wirtschaft ist heute noch fast ebenso fest in der Hand der Unternehmer, wie vor dem Kriege. Die Unternehmer verfügen noch wie vor dem Kriege über die Produktionsmittel und damit auch über die Arbeitskraft. Die Arbeiter müssen heute noch ebenso, wie vor dem Kriege, für die Unternehmer Mehrwert schaffen, der zu ihrer eigenen Beherrschung durch die Unternehmer dient. Sie stärken damit auch immer erneut die politische Macht der Kapitalisten. Es ist durchaus begreiflich, daß nach dem politischen Umsturz im Jahre 1918 bei den Arbeitermassen der Wunsch bestand, daß nunmehr auch die Wirtschaft auf neue Grundlagen gestellt werden möchte. Den Arbeitern genügt es nicht, daß sie das allgemeine Wahlrecht haben, wenn sie unter diesem Wahlrecht wirtschaftlich genau so ausgebeutet werden, wie vorher. Sie wollen auch ihre wirtschaftliche Befreiung, sie erkennen den sozialistischen Wirtschaftsstaat. In dieser Hinsicht sind seit 1918 nennenswerte Erfolge nicht aufzuweisen. Als die Gewerkschaften sahen, daß sie auf eine Sozialisierung von oben nicht rechnen durften, zogen die baugewerblichen Verbände in den Jahren 1919 und 1920 zur Selbsthilfe über, indem sie selbst Wirtschaftsbetriebe und den Verband sozialer Baubetriebe schufen. Die Bauhüttenbetriebe unterscheiden sich von den kapitalistischen Privatbetrieben dadurch, daß bei ihnen die Produktionsmittel nicht mehr in der Hand von Privatleuten sind, sondern daß sie den Gewerkschaften und öffentlich-rechtlichen oder gemeinnützigen Körperschaften gehören. Infolgedessen haben über diese Betriebe auch keine Kapitalisten mehr zu bestimmen, sondern nur die Gewerkschaften. In den Betrieben selbst ist der Versuch gemacht, die betriebliche Selbstverwaltung durchzuführen. Die Belegschaft wählt den Betriebsvorstand, der gemeinsam mit den Geschäftsführern die Verantwortung für das Wohlergehen des Betriebes hat. Aus dem Rechte der Mitführung des Betriebes ergibt sich selbstverständlich die Verpflichtung, daß die Betriebsvorstände ausschließlich das Wohl des Betriebes im Auge haben und daß sie nicht Sonderinteressen der Belegschaften verfolgen.

Vor den städtischen und staatlichen Regiebetrieben haben die sozialen Baubetriebe den Vorteil voraus, daß sie allein in der Hand der Gewerkschaften beziehungsweise solcher Körperschaften sind, die mit den Gewerkschaften die Gemeinwirtschaft im Baugewerbe wollen. Die städtischen Regiebetriebe sind immer ein Zankapfel zwischen den politischen Parteien. Die Bauhüttenbewegung hat sich in den 7 Jahren ihres Bestehens ständig aufwärts entwickelt. Zwar ist die Zahl der Betriebe in den letzten Jahren zurückgegangen, weil ein Teil der kleinen Betriebe zu größeren Betrieben zusammengelegt wurden. Verschiedene

Ohne Platzdelegierte kein Entlassungsschutz!



Der Arbeitsrichter: Ihre Entlassung ist ohne Zweifel eine unbillige Härte. In dem Betriebe bestand aber keine gesetzliche Betriebsvertretung; Sie haben somit keine Möglichkeit, gegen Ihre Entlassung Einspruch zu erheben. Die Klage muß abgewiesen werden...

Betriebe sind auch zugrunde gegangen, andere, besonders Genossenschaften, mußten aus der Bauhüttenbewegung ausgeschlossen werden, weil sie nicht nach den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundsätzen und Richtlinien arbeiten wollten. Die Zahl der Beschäftigten und die Umsatzzahlen sind aber ständig gestiegen. Nach der Statistik des Verbandes sozialer Baubetriebe betrug die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten im Jahre 1924 bei 131 Betrieben 13 643, im Jahre 1925 bei 168 Betrieben 15 631, im Jahre 1926 bei 165 Betrieben 16 525. Im Jahre 1927 ist eine weitere starke Steigerung der Beschäftigtenzahl eingetreten. Im August dieses Jahres wurden in den sozialen Baubetrieben nahezu 24 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Noch stärker ist der Umsatz in den sozialen Baubetrieben gestiegen. Er betrug im Jahre 1924 rund 41 Millionen Mark, im Jahre 1925 rund 63 Millionen Mark, im Jahre 1926 rund 81 Millionen Mark. Er hat sich also in 3 Jahren ungefähr verdoppelt. Auch das Eigenkapital der Betriebe ist in einer ständigen Steigerung begriffen. Es betrug im Jahre 1924 rund 3,7 Millionen Mark, 1925 rund 4,2 Millionen Mark, 1926 rund 4,6 Millionen Mark. Das ist der beste Beweis, daß es mit der Bauhüttenbewegung aufwärts geht.

Besonders wichtig ist, daß in den wenigen Jahren des Bestehens der sozialen Baubetriebe mit einem von den Gewerkschaften in die Betriebe eingebrachten Stammkapital von rund 3 Millionen Mark bei einem Teil der Betriebe Reserven und Ueberschüsse in Höhe von über 1½ Millionen Mark geschaffen werden konnten. Diese Mittel wären heute im Besitz von Privatunternehmern und stärkten deren wirtschaftliche Macht, wenn es keine sozialen Baubetriebe gäbe. Heute haben darüber die Gewerkschaften zu verfügen. Sie sind soziales Kapital, das mit zum Aufbau einer neuen Wirtschaft dient. Es muß das Ziel der Gewerkschaften sein, allmählich die baugewerblichen Produktionsmittel restlos in den Besitz der Gewerkschaften zu bringen und die Gewerkschaften zu Trägern des Baugewerbes zu machen. Im gleichen Umfange, wie dies gelingt, werden die Privatunternehmer aus dem Baugewerbe verdrängt.

Nun darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Bauhüttenbewegung in einzelnen Orten auch schwere Verluste und Rückschläge zu erleiden hatte. Manche Betriebe sind zugrunde gegangen, weil entweder die Be-

mir löst, was für diese Erde zu weich war", schrieb Kläber 1921. Er mußte erst ins Bergwerk, 700 Meter unter der Erde, Kohlen schaufeln, mit zerrissener Haut und zerbeulten Händen, damit der Wille stählerner, das Wort geackter, die Antwort auf die Frage: „Was ist zu tun?“ härter und entschlossener wurde. „Wir jungen Menschen leiden alle unter dem Gedanken, daß unsere Arbeit das Zerknirschende und Trostlose unseres Lebens ist. Wir leben in Fabrik, Bureau und allen andern Verufen Hemmungen unserer Wirklichkeit, unseres Seins und unserer Freiheit. Junge Menschen, Arbeiter und ihr andern, wenn wir uns nicht über unsere Arbeit stellen, und sie unter uns zwingen, sie als das Werkzeug und die Tat unserer Kräfte ansehen, können wir auf dieser Erde nicht bewußt und frei leben.“ Das sind wohl noch Vokabeln der Jugendbewegung, bekunden aber den entschlossenen, tapfersten Teil dieser Bewegung. Der Reifeprozess dieser Jugend war auch der Reifeprozess des Dichters Kurt Kläber.

Es gab wenige Werke innerhalb der Arbeiterdichtung der letzten Jahrzehnte, die man so freudig und bekenntnistreu begrüßen könnte wie das Werk Kläbers „Empörer, Empor!“, Verlag: „Der Syndikalist“, Berlin O 34, „Barrikaden an der Ruhr“, „Roter-Türmer“-Verlag, Leipzig. Wir wissen, daß es ein junger Arbeiter schrieb, was durch Krieg, Revolution, Amerikafahrt in ihrer formalen und geistungsgemäßen Bedeutung verursacht wurde. Die Diktion dieser Bücher ist nicht neu, wir kennen sie von Zola, Sinclair, Jack London her; aber seine formidabile Hand überwindet uns. Hier ist die Welt so, wie sie ist und eigentlich nicht mehr sein soll. Er baut seine Geschichten mit einer nüchternen Sicherheit trozig und kühn. Er

schrieb nur auf, skizzierte, photographierte, mitunter etwas langatmig, aber immer mit einer geballten Faust dahinter. So läßt er den kleinen Schneider, den Rohrtleger Benne-mann, Vater Klempner und noch einige andere Ver-zweifelte aus dem Kohlenpütt aus Gärtenzäunen, Balken, Kommoden, Hausgerät, das die Frauen opferwillig herbeischleppen, eine Barrikade bauen — weil „die Soldaten kommen“, die die Fesseln brechen wollen. Er läßt drüben in Mexiko in einer Skizze „Verbrüderung“ (aus „Empörer! Empor!“), einem noch unerschlossenen Roman: „Die Passagiere der dritten Klasse“, entnommen, der voraus-sichtlich recht bald bei E. Fischer erscheinen kann) durch einen alten Wald- und Wiesenbar den unglaublichen kleinen Bager belehren, daß „die Farmer und Arbeiter zusammen-gehören“. „Alles, was darüber und darunter ist, soll der Teufel holen.“ Er läßt den langen Spenver, der mit einer Kugel in der Brust und schon wieder das beißende „Auseinander!“ der Soldaten in den Ohren, sich mühsam an einen Laternenvorhang lehnt, seinen letzten Willen in die Menge schreien: „Eure Hände will ich sehen! Eure Hände! Ihr müßt abstimmen, damit ich den Genossen jagen kann, daß ihr streiken wollt. Streikt! Streikt! Unsere Kinder sollen nicht verhungern! Wir wollen nicht verrecken! Wir sind doch auch — — —“, um dann von einem Soldaten niedergeschlagen zu werden. „Da schlug ein Kolben auf seinen länglichen Schädel. Das Wort „Menschen“ wölbte sich noch auf seinen Lippen, aus denen plötzlich Blut und weißer Schaum floss!“ Aus „Revolutionäre“, „Roter-Türmer“-Verlag, Leipzig.)

Wir wissen, daß es so gewesen ist; niemand kann es leugnen. Einige Aufzeichnungen Kläbers, Erzählungen aus

dem Ruhrproletariat („Barrikaden an der Ruhr“), sollen laut Begründung vom 3. Juni 1925 des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Kreise der Bevölkerung zum Ungehorsam gegen „Gesetze“ aufgeführt haben“ und sind trotz Kundgebungen, Protesten, Presseaufrufen und mutigen Eintreten vieler namhafter Persönlichkeiten, wie Herbert Hauptmann, Thomas Mann, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Hermann Hesse, Lulu von Strauß und Torney und vielen andern, beschlagnahmt worden. Inzwischen ist gegen den Prokuristen des Verlages, Fritz Schälke, ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden, das vor dem Reichsgericht in Leipzig zum Austrag kam (Schälke ist am 28. Februar zu einem Jahr Festung verurteilt worden). Dieser Prozess ist einer der skandalösesten in der deutschen Geistesgeschichte. „Jeder Deutsche hat das Recht — — — nicht einmal das sagen zu dürfen, was wahr ist, was man am eigenen Leibe erlebt hat und nicht wieder herbeiwünscht.“

Der Mechanismus des Lebens ist komplizierter als Dichter für gewöhnlich glauben wollen. Kommt nun schon einer, der sich nicht den Mund mit Rosenblättern verklebt hat, und der die Welt so hinsetzen möchte, wie sie ihn umgibt, wird ihm der Mund ganz verboten. Wir verlangen nicht Ersatz des Lebens durch die Dichtung, sondern, was sie vermöge ihrer größeren Einsicht in die Zusammenhänge des Lebens sein kann: Freimachung, Mithilfe. Ihre Aufgabe ist es, ein seelisches Gleichgewicht zu schaffen — denn der Mensch lebt nicht von Brot allein — Herzen und Hirn aufzustacheln, damit Bewegung in die drangsalarierten Körper kommt. Wir wollen die Welt nackt und wirklich — warum, das brauche ich nicht erst zu sagen. W. D.

schäftsführer nicht reiflos auf die Bauhüttenbewegung eingestellt waren oder weil die Belegschaft für sich Sonderrechte durchzusetzen versuchte oder weil es an ausreichenden Betriebskapitalien mangelte. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern muß erwartet werden, daß sie die von den Gewerkschaften geschaffenen Betriebe nach bester Möglichkeit fördern. Die sozialen Baubetriebe sind nicht geschaffen worden, um der kleinen Gruppe der bei ihnen Beschäftigten Sonderrechte zu bringen, sondern sie sind geschaffen worden, um der Allgemeinheit zu dienen, sie vor Übervorteilung durch Preisringe zu schützen und besonders, um den Gewerkschaften einen größeren Einfluß auf die Wirtschaft zu verschaffen. Jeder Gewerkschafter muß sich seiner Verantwortlichkeit für die von den Gewerkschaften geschaffenen Betriebe bewußt sein. Ohne Verantwortlichkeitsgefühl für die Wirtschaft ist auch die demokratische Selbstverwaltung der Betriebe nicht möglich. Der Verband sozialer Baubetriebe wäre dankbar, wenn ihn die Vertreter des Zimmererverbandes in den Aufsichtsräten der Bauhütten und in den sonstigen Organen der Bauhüttenbewegung bei der Durchführung der von den Gewerkschaften aufgestellten Grundsätze und Richtlinien für die Bewegung tatkräftig unterstützen würden. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen, um die Bauhüttenbewegung vorwärts zu bringen und zu zeigen, daß die Gewerkschaften wohl in der Lage sind, eine neue Wirtschaft aufzubauen.

Die Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde um einige Stunden vertagt, weil die Konferenz die Akademie der Arbeit, das Soziale Museum und das Institut für Sozialforschung besuchte. Nachdem die Besichtigungen jener Institute beendet waren, konnten die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen. Eine Reihe Redner brachten Beschwerden aus ihren Gebieten und ihrem Wirkungskreis vor. Die Leiter der sozialen Baubetriebe seien nicht immer die geeigneten Funktionäre, um kleine Konflikte mit den Belegschaften der einzelnen Betriebe zu erledigen. Die sozialen Baubetriebe müßten, so wurde hervorgehoben, in jeder Beziehung, besonders aber in ihren sozialen Einrichtungen, maßgebend sein. Die Zimmerer seien bestrebt, an der Entwicklung der sozialen Baubetriebe Anteil zu nehmen. Die sozialen Baubetriebe dürften sich jedoch nicht als Wirtschaftsbetriebe des Deutschen Bauwerksbundes betrachten, sondern müßten Trennhandelsbetriebe der Gewerkschaften sein. Im Schlußwort vertrat Kollege Ellinger nochmals die Auffassung des Verbandes sozialer Baubetriebe zu den einzelnen von den Rednern erörterten Fragen. Er betonte, daß in Fällen, in denen Beschwerden vorkommen, diese der Zentrale mitgeteilt werden sollten. Auf Einzelheiten, die in der Diskussion zum Ausdruck kamen, ging der Referent zum Schlußwort noch näher ein. Mit der Mahnung, für das große Ziel der Bauhüttenbewegung einzutreten, schloß er seine Ausführungen.

Hierauf behandelte Kamerad Sauer das Thema: „Unsere Bildungsarbeit im Jahre 1927/28.“ In seinen Ausführungen schilderte der Redner die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit. Wenn es in der hinter uns liegenden Zeit fast unmöglich gewesen sei, in Mitgliederversammlungen andere als lohnpolitische Fragen zu behandeln, so müsse in Zukunft auch der kulturpolitische Teil gefördert und gepflegt werden. Die Gewerkschaften haben nicht nur die Aufgabe, die beruflich wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, sie seien auch verpflichtet, an dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse nach Kräften mitzuwirken. Der Arbeiterklasse, die nach Artikel 185 der Reichsverfassung berufen ist, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“, seien größere Aufgaben gestellt als in der Vorkriegszeit. Es müsse auch unser Bestreben sein, die Kameraden mit den Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften vertraut zu machen. Die erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften ließen sich am besten erkennen durch die Veröffentlichung des Tätigkeitsberichtes des ADGB. In Wirtschaft, Staat und Gesellschaft seien heute die Gewerkschaften tätig im Interesse ihrer Mitglieder. Die Vielseitigkeit der Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften bringt es mit sich, daß viel größere Anforderungen an die Funktionäre gestellt werden, als das ehemals der Fall war. Um eine planmäßige Schulung der Funktionäre in die Wege zu leiten, habe der ADGB, in Gemeinschaft mit den übrigen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Regierung Bildungsanstalten geschaffen, die den Funktionären jenes Rüstzeug geben sollen, daß sie im Kampfe um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage gebrauchen. Diese Bildungsanstalten seien auch von unserer Organisation besichtigt worden. In seinen weiteren Ausführungen bespricht der Redner die Maßnahmen, die der ADGB durchzuführen beabsichtigt. Danach sei die Errichtung einer weiteren Bildungsanstalt beabsichtigt, in der, im Gegensatz zu den bestehenden staatlichen Schulen für Wirtschaft und Verwaltung und der Akademie der Arbeit, ausschließlich gewerkschaftliche Zweckbildung betrieben wird. Unser Verband habe sich dem ADGB gegenüber verpflichtet, jährlich 50 Funktionäre an die zu errichtende Bildungsschule zu schicken. Ferner habe der Zentralvorstand die Absicht, in Funktionärsschulungskursen die mit der Bildungsarbeit befaßten Funktionäre mit den Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften vertraut zu machen. Es sei beabsichtigt, zunächst 5 Funktionärsschulungskurse in den ersten Monaten des nächsten Jahres abzuhalten. Insgesamt sollen an den 5 Kursen 224 Kameraden teilnehmen. Der Unterrichtsplan sei ausschließlich auf die gewerkschaftlichen Belange und die unserer Berufsorganisation abgestellt.

Die Gauleiter sollten bei der Auswahl der Schüler für unsere Funktionärsschulungskurse behilflich sein. Der Zentralvorstand trage die gesamten Kosten, die den Schülern an Lohnausfall, Verpflegung und Fahrgeld entstehen. Aber nicht nur die Erziehung der Funktionäre sei notwendig, sondern auch in Mitgliederversammlungen müssen mehr als bisher die Fragen der gewerkschaftlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit behandelt werden. Die Gauvorstände müßten rechtzeitig für Aufstellung eines

Gau-Bildungsprogrammes sorgen, das im Winter abgemittelt werden müsse. Die Bildungsarbeit müsse von Planmäßigkeit beherrscht werden. Dieser wichtigen Arbeit Ziel und Richtung zu geben, müsse Aufgabe der Gauvorstände sein. In seinen weiteren Ausführungen stellte der Redner fest, daß die Ausgaben der Zahlstellen für diese Zwecke im Jahre 1926 außerordentlich gering gewesen seien; sie haben im Jahre 1926 nur 8419 M betragen. In dieser Summe seien auch die Ausgaben der Lehrlingsabteilungen enthalten. Für Bibliotheken wurden im Jahre 1926 nur 7038 M ausgegeben. Die Zahlstellen müßten in Zukunft größere Mittel hierfür aufwenden. In jeder Zahlstelle müsse ein Bildungsprogramm aufgestellt werden. Der Zentralvorstand unterstütze diese Bestrebungen mit allen Mitteln. Die Herausgabe von weiterem Vortragsmaterial sowie von Lichtbildern sei geplant. Es müsse unsere Aufgabe sein, alles aufzubieten, damit wir auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit vorwärtsschreiten.

Von einer Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung wurde Abstand genommen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen des Zentralvorstandes zu und befürwortete die Errichtung der Funktionärsschulungskurse. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten und einer zusammenfassenden Schlußansprache des Vorsitzenden konnte die arbeitsreiche Konferenz geschlossen werden.

Fiasko der Zollpolitik.

Die letzte große Wirtschaftsdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstages hat zwar manche Aufklärung über die finanzpolitischen Hoffnungen der Regierung gebracht, ist aber an der wichtigen Frage der Zusammenhänge zwischen der Zollpolitik und der Wirtschaftsentwicklung überhaupt still vorbeigegangen. Man kann verstehen, daß dies peinliche Kapitel nicht aufgeschlagen wurde. Beweist doch die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren, daß die forschende Schutzöllerei des Bürgerblocks zwar dem Großagrariertum und der mit ihm verbündeten Großindustrie gesteigerte Gewinne durch die um die Zölle verteuerten Inlandspreise gebracht hat, daß aber der angebliche Erziehungszweck der Zölle problematischer denn je wurde. Die „überflüssige“ Einfuhr, gegen die die Zölle angeblich gerichtet waren, ist geblieben, vergrößerte sich sogar wertmäßig, wie überhaupt gerade unter der Herrschaft des Bürgerblocks der Passivsaldo unseres Außenhandels mächtig in die Höhe kletterte.

Siezu einige Ziffern. Seit Juli zeigt die vielerörterte Passivität des Außenhandels eine Neigung zum Abflauen. Der Einfuhrüberschuß fiel von 431 Millionen Mark im Juli auf 202 Millionen Mark im August und 242 Millionen Mark im September. Ursache ist in der Hauptsache der saisonmäßig bedingte Rückgang in der Lebensmitteleinfuhr und das dauernde Anschwellen der Einfuhr von Fertigfabrikaten, die im September die Rekordzunahme von rund 65 Millionen Mark erreichte. Immerhin bleibt aber für die ersten drei Quartale 1927 ein Passivum im Außenhandel von rund 3 Milliarden Mark. Befestigt sich im letzten Quartal 1927 die Tendenz zum Sinken des Einfuhrüberschusses, wird man gleichwohl für das ganze Jahr mit einer Passivität des Außenhandels von etwa 3½ bis 3¾ Milliarden Mark rechnen müssen.

Freilich ergibt sich diese Ziffer nur, wenn man die Einfuhr auf Reparationskonto nicht berücksichtigt. Um den wirklichen Passivsaldo im Außenhandel zu bekommen, soweit er sich aus dem reinen Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr von Waren ergibt, muß man den Betrag der Reparationsfachlieferungen der sonstigen Wareneinfuhr hinzusetzen. Nach der bisherigen Entwicklung — rund 300 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1927, weitere starke Steigerung im 3. Quartal — wird man mit etwa 0,8 Milliarden Mark Reparationsfachlieferungen im ganzen Jahre 1927 rechnen können. Damit wird rechnerisch die Handelspassivität, die wir oben mit 3½ bis 3¾ Milliarden Mark errechneten, auf 2,8 bis 3 Milliarden Mark heruntergedrückt.

Sieht man diesen Betrag in Beziehung zur Gesamteinfuhr, die nach dem bisherigen Verlauf ihrer Entwicklung für 1927 mit rund 14 Milliarden Mark nicht zu hoch geschätzt wäre, so ergibt sich, daß er rund 20 % der Gesamteinfuhr ausmacht. Im Jahre 1913, dem letzten Hochkonjunktursjahre vor dem Kriege, betrug der Einfuhrüberschuß im Spezialhandel nur rund 9 %.

Forcht man nach den Ursachen dieser über hundertprozentigen Vergrößerung des Außenhandelspassivums gegenüber der Vorkriegszeit, so kommt man im Hinblick auf die Theorie der Agrarschutzöllerei zu überraschenden Resultaten. Im Jahre 1913 betrug der Passivsaldo der Außenhandelsbilanz 1007,5 Millionen Mark, der Gesamtbetrag der Lebensmitteleinfuhr dagegen 2807,8 Millionen Mark. Der vorher errechnete Betrag des Passivsaldo für 1927 beträgt zirka 3 Milliarden Mark, der voraussichtliche Betrag der Lebensmitteleinfuhr für 1927 rund 4,2 Milliarden Mark. Im Jahre 1913 überstieg also der Betrag der Lebensmitteleinfuhr das Gesamtaußenhandelspassivum um 64,2 %, 1927 dagegen nur um etwa 35 %.

Schon diese Entwicklung widerlegt die Klage der Großagrariertum und ihres Ministers Schiele, unsere Außenhandelspassivität nach dem Kriege sei eine Folge der erhöhten Lebensmitteleinfuhr und könne beseitigt werden, wenn man durch Agrarschutzöllerei die heimische Landwirtschaft in ihrer Produktivkraft stärke. Wie verlogen, um nicht zu sagen bauernfängerisch, diese Begründung erhöhten Zollschatzes war, geht auch aus der nachstehenden Uebersicht hervor. Es betragen anteilig in Prozenten der Gesamteinfuhr:

Warengruppen	1913	1924	1925	1926	1. 3. Q. 1927
Lebensmittel u. leb. Tiere	28,8	30,4	33,5	37,3	31,6
Rohstoffe	18,3	50,7	50,4	49,5	49,9
Fertigwaren	12,9	18,9	16,1	12,5	16,3

Diese Ziffern erweisen ganz eindringlich, daß von einer Uebersetzung der Einfuhr agrarischer Produkte nicht die

Rede sein kann, daß vielmehr die Hauptursache der Passivität in der Veränderung des Anteiles der Popen Rohstoffe und Fertigwaren zu suchen ist. Noch viel eindeutiger wird das Resultat aber, wenn wir den Anteil des Hauptzollträgers, des Getreides, an der Einfuhr vergleichen. Roggen, Gerste, Hafer, Weizen und Mais waren 1913 mit 9,4 %, 1927 dagegen mit 10,9 % an der Einfuhr beteiligt. Diese geringe Anteilserhöhung erklärt sich aber zwanglos aus dem Verluste großer Korngebiete durch den Friedensvertrag, wie überhaupt die geringe Werterhöhung der Lebensmitteleinfuhr insgesamt teils in dieser Tatsache, teils in der naturgemäß nur langsam fortschreitenden Regeneration der Böden und damit der Ernten nach dem Raubbau in den Kriegsjahren ihre Ursache findet. Hierzu übrigens gleichfalls noch die ziffernmäßigen Belege. Es betragen die Durchschnittserträge pro Hektar: (Doppelpfenniger)

	1911/13	1924	1925	1926	1927
Winterweizen	22,8	16,4	21,0	16,2	18,9
Sommerweizen	22,1	17,3	17,8	16,5	18,3
Winterroggen	18,7	13,5	17,2	13,8	15,4
Sommergerste	21,2	16,3	17,5	16,3	21,2
Hafer	19,8	16,0	16,2	18,2	18,1

Scheidet man 1926 wegen der abnormen Witterungsverhältnisse und ihres ungünstigen Einflusses auf die Ernte aus, so ergibt sich unzweifelhaft, daß in den letzten Jahren die Ernteerträge langsam, aber anhaltend stiegen, wenn sie auch mit dem — geschätzten — Betrag für 1927, der aber wahrscheinlich noch eine Korrektur nach oben erfahren wird, noch längst nicht wieder das Vorkriegsniveau erreicht haben.

Mit diesen Tatsachen ist natürlich das wichtigste Argument der Getreidezöllner erschlagen. Nicht die Landwirtschaft wird vor der Auslandskonkurrenz „geschützt“, sondern den Großagrariern werden durch die Zölle und die Verteuerung der Inlandspreise um ihren Betrag müheolos Uebergewinne in den Schoß geschüttet. Die Schiele'sche Schutzöllpolitik unter der Ägide des Bürgerblocks hat mit dem Gedanken des Erziehungszolles nicht das mindeste zu tun, sie ist reine Liebesgabenpolitik, von jeder sachlichen Notwendigkeit meilenweit entfernt.

Mit viel größerem Anschein von Berechtigung könnte die Fertigwarenindustrie nach Schutzöllern rufen. Ist doch die Einfuhr von Fertigwaren — abgesehen von einem Rückgang im Jahre 1926 — in der Nachkriegszeit um durchschnittlich 25 % größer gewesen als vor dem Kriege. Aber gleichzeitig hat sich mit dem Beginn des Konjunkturaufschwunges im vergangenen Jahre die Tendenz zur Steigerung der Einfuhr von Fertigwaren durchgesetzt, und zwar durchaus parallel dem Tempo der Inlandskonjunktur. Es betrug die Einfuhr von Fertigwaren:

	Mill. M.	Prozent des Gesamteinfuhr
Monatsdurchschnitt 1913	562,2	66,8
" 1925	532,1	75,3
" 1926	580,4	71,0
" 1. Quart. 1927	568,1	71,7
" 2. " 1927	593,0	75,3
" 3. " 1927	652,0	74,8

Diese Entwicklung zeigt nicht nur gegen das Interessentengerede von der bloßen „Inlandskonjunktur“, sondern beweist, daß der Aufschwung durchaus auch den Export mitriß, nicht auf dessen Kosten startete. Käme es aber zu weiteren Preissteigerungen, etwa durch Verewigung oder gar Erhöhung von Industriezöllen, so würde sich der in Hochkonjunkturzeiten häufig ausfuhrhemmend wirkenden Saugkraft des Inlandsmarktes hinzugesellen die Gefahr einer Preissteigerung über das Weltmarktniveau hinaus. Und dann wäre die Exportdroßelung selbstverständlich, die Außenhandels tendenz zur Passivität bekäme damit einen mächtigen Auftrieb. Diese Gefahr bleibt angesichts des dauernden Drängens der Rohstoffproduzenten nach Preissteigerungen, die sich selbstverständlich sofort auch in der Verfeinerungsindustrie auswirken würden, sowie so akut, weshalb ein schleuniger Abbau der Industriezölle gerade im Interesse der Fertigindustrien liegt.

Faßt man die Lehren der Außenhandelsentwicklung der letzten Jahre zusammen, so ergibt sich einmal das klägliche Fiasko der Zollpolitik als Mittel zur Intensivierung unserer Landwirtschaft nicht nur, sondern an der Hand der Tatsachen die Verlogenheit solcher Begründung überhaupt. Es kann gerade nach den Resultaten der letzten Jahre keinem Zweifel obliegen, daß wir noch für lange hinaus auf ein bestimmtes Maß zu importierender Nahrungsmittel angewiesen bleiben werden, ganz abgesehen davon, daß, wie unsere Tabellen zeigen, der Hauptteil der Einfuhr von Lebensmitteln aus Kolonialprodukten besteht, die durch keine wie immer gearteten Maßnahmen im Lande selbst erzeugt werden können. Zum andern aber zeigt die hohe Fertigwareneinfuhr trotz des steigenden Fertigwareneinfuhr, daß die Erzeugnisse unserer Industrie die Preisgrenze des Weltmarktes zum Teil schon überschritten haben. Das wird zwar bekanntlich vom Reichswirtschaftsminister bestritten, aber wie anders soll — trotz des Verschens der Industriezölle! — die gesteigerte Fertigwareneinfuhr erklärt werden?

Alles in allem: das Fiasko bürgerblocklicher Zollpolitik wird gerade in der jüngsten Gestaltung unseres Außenhandels evident. Die Außenhandelsentwicklung wird freilich von dieser Regierung und diesem Reichstag vergeblich erwartet werden.

Die Frau des Gewerkschafters.

Der erste Agitationsbezirk des Gewerkschafters ist seine Familie. Von dem Erfolg seiner Werbetätigkeit in diesem Bezirk hängt unendlich viel für ihr als Mensch wie als Kampfgenosse ab. Denn die Familie ist die Stütze, wo er tagtäglich neue Kraft sammelt für die Suche nach Brot und für den Streit um mehr Freiheit und Lohn. Diesen Streit muß er allerdings vereint mit seinen Berufsgenossen durch die Gewerkschaft führen. Allein, die gewerkschaftliche Tätigkeit ist zeitlich beschränkt. Nach der Versammlung, dem Streikpökenstehen und nach dem Empfang der Streikunterstützung kehrt der Gewerkschafter wieder heim in seine Familie. Hier findet er entweder

geneigte Stimmung und Ermunterung, so daß er am nächsten Morgen gestärkt zur Arbeit oder zum Lohnkampf geht — oder er findet dabei Verständnislosigkeit, Mißbilligung und Vorwürfe, kurz, die Notwendigkeit eines neuen Kampfes, so daß ihm nicht mehr viel Kraft und Freude zur Lohnarbeit wie für die gewerkschaftliche Tätigkeit verbleibt.

In der Familie werden auch die Kinder geboren und wachsen heran; hier wird ihr Geist und ihre Seele geformt. Die hier erhaltenen Eindrücke haften das ganze Leben. Die Lehren, die die Kinder daheim erhalten, und die Beispiele, die ihnen gegeben werden, sind meist dafür ausschlaggebend, ob die Kinder in die Gewerkschaftsbewegung hineinwachsen oder ob sie ihr gleichgültig, wenn nicht gar feindlich werden. In diesem letzteren Falle müssen die Jungen später unter ungünstigeren Umständen aufgekärnt, umgestimmt, gewonnen werden, während in ersteren Falle die mühselige Werbearbeit gespart wird und die Gewerkschaftsbewegung ganz von selbst weiter gedeiht. Somit ist die Werbetätigkeit des Gewerkschaftlers in seinem ersten Agitationsbezirk, in seiner Familie, nicht nur äußerst wichtig für den heutigen, sondern auch für den künftigen Erfolg der Bewegung.

Die wichtigste Person in der Familie, die vor allem zu gewinnen ist, ist die Frau. Denn sie ist die Gefährtin des Mannes, die Mutter der Kinder, die Erzieherin des künftigen Gewerkschaftlergeschlechtes. Sie kann den Mann für sein gewerkschaftliches Streben ermuntern und stärken und das junge Geschlecht mit Verständnis und Opferwilligkeit erfüllen — sofern sie selbst mit Verständnis für das Streben des Mannes erfüllt worden ist. Wie kann man etwas geben oder erfüllen, was man selbst nicht hat oder von dem man selbst nicht überzeugt ist? Es darf also der Frau und Mutter nicht an dem nötigen Verständnis für die gewerkschaftliche Sache fehlen. Aber daran gebricht es leider noch sehr vielen Frauen. Und es gibt noch der Männer genug, die es anscheinend verdrückt, mit der Aufklärung in der Familie, bei der Frau zu beginnen. Sie haben dafür ihren Grund. Sie meinen, der Frau sei nun einmal kein Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung beizubringen; wäre es anders, dann müßten die Frauen ja eigentlich selbst wissen, daß die Mitgliederversammlung keine Gelegenheit zum Fortbleiben, der Verbandsbeitrag keine unnütze Ausgabe, der Streik keine zwecklose Sache ist. Diese Meinung von den Frauen weiß mancher Beitragskassierer zu ergänzen, der berichtet, daß er gar oft von den Frauen nicht als Freund und Genosse empfangen wird, und daß es bei vielen noch an verständnisvoller Teilnahme an der Gewerkschaftsfrage fehlt. Vergleichen sollte man bei Frauen von organisierten Arbeitern denn doch nicht mehr erwarten.

In der Tat, dergleichen sollte man von ihnen nicht mehr erwarten. Allein, die Frage ist, wer daran schuld ist, die Frau oder der Mann?

Niemand wird ernstlich behaupten, daß die Frau nicht für eine große Sache zu gewinnen sei, denn das hieße alle Erfahrung bestreiten; noch wird man ihr Mangel an Opferwilligkeit, Ausdauer und Gemeinschaftssinn nachsagen können, denn alle revolutionären Bewegungen und vor allem der Weltkrieg zeigen das Gegenteil. Frauen sind immer bereit, eine Sache zu unterstützen, die sie verstehen und für gut halten. Wenn dies bei der Gewerkschaftsbewegung nicht in dem wünschenswerten Maße der Fall sein sollte, dann, weil über deren Nützlichkeit und Notwendigkeit die Frauen von den Männern im unklaren gelassen worden sind.

Die Männer sind nur zu gerne geneigt, anzunehmen, daß man über die Bedeutung der Gewerkschaft oder über die Notwendigkeit eines Streiks mit den Frauen nicht zu reden brauche, daß sie das von selbst wissen müßten. Wie aber können sie das wissen, sie, die kaum aus ihren Pfählen herauskommen, deren Kraft und Zeit von den tausend Kleinigkeiten des häuslichen Werkeltages, von den Sorgen um den Mann, die Kinder, das bißchen Essen und Kleiden aufgezehrt werden?

Der Mann kommt jeden Tag hinaus ins Leben. Im Betrieb erörtert er mit den Kollegen die öffentlichen Vorgänge; in der Versammlung werden ihm von sachkundigen Rednern die Probleme der Wirtschaft dargelegt; beim Streik steht er mit seinen Berufsgenossen in einer Reihe; durch seine Zeitung wird er in Verbindung gehalten mit seiner ganzen Genossenschaft, die für das gleiche Ziel ringt. Durch all das mehrt sich seine Kenntnis, bereichert sich seine Erfahrung, schärft sich seine Überzeugung von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Seine Frau aber steckt daheim in ihrer Klausel, erfährt wenig oder nichts von dem, was in der Welt vorgeht, bleibt ununterrichtet über das Denken und Tun der Männer, bleibt im unklaren über die Unvermeidlichkeit und Erfolgsaussicht einer Lohnbewegung, und vor allem quält ihr nicht, wie dem Manne, aus der Vereinigung mit seinesgleichen Hoffnung, Zuversicht und Tatwille. Was Wunder, daß ihr Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gering ist, und daß sie nicht verstehen kann, daß ihr Mann auch noch Zeit und Geld in Versammlungen verbringt, zumal er ja jede Woche einen Beitrag zahlt, um Beamte zur Erledigung der Verbandsgeschäfte zu besolden.

Der Mann ist in der Gewerkschaft tätig. Hierdurch lernt er ihre Bedeutung für den menschlichen Fortschritt, für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft und für das Wohl seiner Familie immer mehr kennen, und er weiß auch, daß, wenn die Gewerkschaft nicht armütliches Glückwerk bleiben soll, alle Mitglieder mitarbeiten müssen. Kurz, seine Kenntnis von den öffentlichen und gewerkschaftlichen Dingen hat sich verbreitert. Was aber hat der Mann getan, und was tut er, um der Frau seine Kenntnis mitzuteilen?

Als die Frau noch seine Braut war, da hat der Mann sie zu den gewerkschaftlichen Veranstaltungen und Parteiversammlungen mitgenommen, sich auch ständig mit ihr über politische, wirtschaftliche und religiöse Fragen unterhalten. Und freudig erstaunt war er über die eifrige Anteilnahme des Mädchens, wie über ihr Bemühen, die verzwicktesten Sachen zu ergründen. Die geistige Vereinigung

war es oft ja gerade, was viel dazu beigetragen, den Bund für das Leben zu schließen. Nach der Verheiratung wollte die Frau den Meinungsaustrausch noch weiter pflegen. Bald aber wurde sie inne, daß der Mann nun immer weniger dazu geneigt war. Wenn sie nach der Bedeutung eines politischen Vorganges, nach dem Zweck einer Versammlung oder der Ursache des Ausbleibens des Mannes forschte, konnte sie hören: Ach, laß mich in Ruhe, das verstehst du ja doch nicht! Nachdem sie einige Male eine solche Antwort bekommen hatte, hat sie das Fragen eingestellt. Sie fragt immer weniger nach gewerkschaftlichen Dingen und wird immer weniger darüber unterrichtet. Wohl oder übel hat sie ihr ganzes Sinnen und Trachten auf die drei K., das ist auf Küche, Kuchtopf und Kinder, beschränkt. So ist ihr Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gering geblieben, von einer tätigen Anteilnahme ganz zu schweigen.

Daß es dabei nicht bleiben darf, liegt auf der Hand. Die Frauen, die das künftige Gewerkschaftlergeschlecht erziehen, die bei den politischen Wahlen den Ausschlag geben, die für das Gelingen des wirtschaftlichen Kampfes so unermesslich viel beitragen können, müssen mit Herz und Seele für die Arbeiterbewegung gewonnen werden. Das sollte, wie man vermerken möchte, nicht allzu schwer sein. Denn wieviel Fehler man auch der Frau nachsagt, des Mangels an Witzbegierde hat sie noch selten einer geziehen. Sie braucht nur einen verständnisvollen und liebevollen Lehrer. Wer das sein kann und sein muß, dürfte nach all dem Gesagten klar sein.

F. K.

Die Arbeiterschaft und das Reparationsproblem.

Der Reparationskommissar Parker Gilbert hat kürzlich in einer Denkschrift die Ausgabenwirtschaft des Deutschen Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunen einer scharfen Kritik unterzogen und als gefährlich für die Durchführung der Reparationszahlungen bezeichnet. Die Gewerkschaften aller Richtungen und die politischen Parteien der Arbeiterschaft haben seiner Zeit dem Dawes-Plan in kühler wirtschaftlicher Überlegung zugestimmt. Mit dem Entwurf war der Wirtschaft nach dem Ruhrkampf ein klarer Zahlungsplan auferlegt, der es ihr ermöglichte, ihre Leistungen entsprechend einzurichten. Unter dem wirtschaftlichen Druck der Jahre nach dem Ruhrkampf hat sich die deutsche Wirtschaft nahezu völlig durchationalisiert und durchorganisiert. Es sind nur noch wenige Wirtschaftszweige, die nicht bis zu 70 und 80 % vertrustet und kartelliert sind. Die ersten Ergebnisse der Rationalisierung machen sich jetzt unter dem Druck der Gewerkschaften in Lohn- und Preiserhöhungen unter der Arbeiterschaft bemerkbar. Es ist nicht uninteressant, zu sehen, daß in diesem Augenblicke die Denkschrift des Reparationskommissars erscheint und die Drosselung konsumtiver Ausgaben verlangt.

Die Zustimmung zu einer wirtschaftlichen Maßnahme, wie dem Zahlungsplan des Dawes-Entwurfes, bedeutet nicht, daß sich die Gewerkschaften auf Geheiß und Verordnen dem Plane verschrieben haben. Es ist wirtschaftlich noch sehr unstritten, ob die Ueberführung solcher Mengen an finanziellen Mitteln und Waren, wie sie der Dawes-Plan vorsieht, tatsächlich der empfangenden Wirtschaft zum Wohle gereicht. Als die Vereinigten Staaten kurz nach dem Kriege nahezu den gesamten Goldvorrat Europas nach Amerika überführten, wurde die Wirtschaft keineswegs dadurch bereichert, die Preise gingen entsprechend in die Höhe, der Zinsfuß des Leihkapitals sank. Die Finanziers der Wallstreet fanden allerdings den Ausweg, das überschüssige Kapital dem verarmten Europa gegen entsprechenden Zinsfuß auszuleihen. Die Ueberführung des Kapitals brachte der amerikanischen Wirtschaft in sich keinen Vorteil.

Ähnlich liegt es mit den Sachgütern. Der deutsche Schiffsraum, der nach dem Kriege nach England überführt wurde, bereicherte die englische Wirtschaft nicht, nahm ihr Liegeplätze in den Häfen und Verrostete. Der deutsche Kohle-, der nach Belgien auf Reparationskonto überführt wird, legt belgische Kokereien still und macht Arbeiter brotlos. Der Entzug schadet der deutschen Wirtschaft und nicht der fremden Wirtschaft nicht. Man kann einer Wirtschaft nur die Güter und Kapitalien zuführen, die sie in einem bestimmten Augenblicke des jetzigen oder zukünftigen Prozesses notwendig braucht.

Diese wirtschaftlichen Konsequenzen des Dawes-Entwurfes, die wirtschaftlich nicht bis ins letzte überlegte Ueberführung von Mengen Güter aus einer Wirtschaft in die andere wird einmal zu kritischen Situationen führen. Vorläufig sind sich nur wenige Wirtschaftler dieser Schwierigkeiten bewußt. Die Arbeiterschaft aber tut gut, schon rechtzeitig darauf hinzuweisen.

Es ist nicht uninteressant, zu sehen, daß ein Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals, der Parker Gilbert doch ist, in seiner Kritik an der Wirtschaft auf diese Fragen überhaupt nicht eingeht. Er kritisiert die konsumtive Verwendung des Ertrages der Wirtschaft in der deutschen Wirtschaft und fürchtet aus dieser Verwendung heraus um die Ertragnisse der Reparationskasse. Während im eigenen Lande, in den Vereinigten Staaten, prominente Köpfe schon in Sorge sind, um die Wirkungen der ungeheuren Zinszahlungen und Kapitalrückflüsse in die amerikanische Wirtschaft, fürchtet Parker Gilbert darum, daß zu wenig zurückfließen könnte. Das rückströmende ausgeliehene amerikanische Kapital, die dazukommenden ungeheuren Zinszahlungen von durchschnittlich reichlich 10 % werden den Preis für Kapital in den Vereinigten Staaten weiter vermindern und die Preise für tägliche Lebensgüter weiter erhöhen.

Es ist ferner nicht uninteressant, zu sehen, daß der Vertreter des Finanzkapitals, Parker Gilbert, seinen Angriff auf das Konsumtionskapital richtet, wie es Staat und Gemeinden, wie es Beamte und Arbeiter verbrauchen. Es ist der übliche Angriff des Kapitals auf die Arbeit, in diesem Falle nur in erweitertem Maßstabe eines Vertreters des internationalen Kapitals auf die Wirtschaft eines ganzen Landes. Er übersieht dabei, wie der Kapitalismus es immer unbeachtet läßt, daß auch für die Vereinigten Staaten eine erhöhte Konsumtion der europäischen Länder eine Erhöhung der Produktivität der amerika-

nischen Wirtschaft nach sich zieht. Die erhöhte Konsumtion einer Gesellschaft vermag allein die Produktion und damit die Rentabilität der Wirtschaft zu erhöhen. Die Zuführung toter Kapitalmengen erhöht sie ohne weiteres nicht, wie das amerikanische Beispiel lehrt. Die Drosselung der Konsumtion bedeutet den Tod der Wirtschaft.

Die heutige wirtschaftlich denkende Arbeiterschaft ist die letzte, die die Durchführung des Dawes-Entwurfes sabotieren würde. Aber sie wird ebenso kritisch die Wirkungen solcher Zahlungen und Ueberweisungen beobachten, wie sie Behauptungen und Maßnahmen entgegentreten wird, die offenbar wirtschaftsfeindliche Folgen nach sich ziehen. Die Drosselung der deutschen Konsumtion wäre eine solche wirtschaftsfeindliche Folge der Gilbertschen Ratschläge, und damit weder für die amerikanische noch für die deutsche Wirtschaft von Vorteil.

Dr. T. S.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen wurde in Stargard i. M. Wilhelm Saff (Verb.-Nr. 385 936) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Kalender für 1928.

Die Auflage unseres Verbandskalenders für 1928 ist vollständig vergriffen. Bestellungen, die nach dem 20. November bei der Zentrale eingegangen sind, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Fachliteratur.

Von der Fachliteratur von Fritz Krefz können nur noch geliefert werden: „Der Zimmerpolier“ und „Das Buch der Zimmerleute“. Die übrigen Werke: „Der Treppenhauer“, „Der Geländerbauer“, „Die Kalkulation der Zimmer- und Treppenhauerarbeiten“ sind vergriffen. Bestellungen hierauf können leider keine Berücksichtigung mehr finden.

Anmeldung zur Teilnahme an den Funktionärsschulungskursen des Verbandes.

Der Zentralvorstand beabsichtigt in den Monaten Januar bis März 1928 in verschiedenen Zeiten unseres Verbandsgebietes Funktionärsschulungskurse abzuhalten. Jeder Kursus soll 6 Unterrichtstage umfassen. Vorläufig ist die Abhaltung von 5 Kursen geplant. Der erste Kursus findet in der Zeit vom 8. bis 14. Januar in Friedrichsroda in Thüringen, der zweite Kursus in der Zeit vom 22. bis 28. Januar in Warmensteinach, im südlichen Teil des Fichtelgebirges, statt. Die folgenden Kurse werden im Teutoburger Wald, an der Ostsee und in Schlesien abgehalten. Die Kurse sollen den Zweck haben, unsere Funktionäre mit den Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung und den Einrichtungen unseres Verbandes vertraut zu machen. Verheiratete Teilnehmer erhalten Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, ledige Teilnehmer zwei Drittel deselben. Der Zentralvorstand trägt ferner die Kosten der Hin- und Rückfahrt. Außerdem übernimmt der Zentralvorstand die vollen Kosten der Verpflegung einschließlich Uebernachtung.

In den Kursen sollen vornehmlich Kameraden aus mittleren und kleinen Zahlstellen teilnehmen, da in den Großstädten ohnehin die Möglichkeit zur Weiterbildung geboten ist. Die Bewerber sollen im mittleren Alter und für den Verband bereits tätig gewesen sein. Sie sollen in der Lage sein, den gebotenen Lehrstoff zu verarbeiten. Die Teilnehmer an den Funktionärsschulungskursen sollen sich auf die Gänge wie folgt verteilen:

1. Ostpreußen	16	11. Hannover	13
2. Schlesien	16	12. Thüringen	16
3. Pommern	13	13. Nord-Bayern	13
4. Brandenburg	16	14. Süd-Bayern	13
5. Dresden	10	15. Hessen-Nassau	13
6. Mecklenburg	10	16. Württemberg	13
7. Provinz Sachsen	13	17. Rheinland-Westf. ..	13
8. Leipzig	13	18. Baden	13
9. Schleswig-Holstein ..	10		

224

An jedem Kursus können nur 40 bis 50 Bewerber teilnehmen. Es bleibt dem Zentralvorstand überlassen, die Bewerber bestimmten Kursen zuzuweisen. Kameraden, die sich befähigt halten, an den Funktionärsschulungskursen teilzunehmen, werden aufgefordert, einen kurzen Lebenslauf mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis spätestens 10. Dezember dem für ihre Zahlstelle zuständigen Gauleiter zu übermitteln. Der Zentralvorstand entscheidet endgültig über die Teilnahme der Bewerber an den Funktionärsschulungskursen. Unterrichtsplan sowie die sonstigen Unterlagen werden den zur Teilnahme bestimmten Kameraden durch den Zentralvorstand übermittelt.

Bezug staatlicher Arbeitslosenunterstützung für reisende Kameraden.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in Nummer 39 des „Zimmerer“ bekanntgegeben, daß auf Grund des § 169 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung reisende Kameraden staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen können. Sie haben sich zu diesem Zweck von dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes einen Wanderschein ausstellen zu lassen.

Aus verschiedenen Zahlstellen gehen uns nun Mitteilungen zu, daß die Arbeitsämter die Ausstellung von Wanderscheinen ablehnen. Wir haben uns aus Anlaß dieser Mitteilungen bei der zuständigen Stelle erkundigt und feststellen müssen, daß der Vorstand der Reichsanstalt noch mit den Ausführungsbestimmungen des erwähnten Paragraphen beschäftigt und die Regelung der Angelegenheit erst in einiger Zeit zu erwarten ist.

Sobald die Ausführungsbestimmungen vorliegen, kommen wir in einer besonderen Bekanntmachung darauf zurück. Bis dahin ersuchen wir die teilnehmenden Kameraden, einstweilen Anträge bei den Arbeitsämtern auf Ausstellung von Wanderscheinen nicht zu stellen.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Gesperri ist der Brückenneubau in Bug bei Bamberg.

Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages für Oberschlesien. Durch Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 29. September 1927 III A 332/29 Tar. ist der Tarifvertrag für Oberschlesien mit Wirkung vom 1. September 1927 für allgemeinverbindlich erklärt. Die Verbindlichkeitserklärung ist eingetragen am 3. Oktober 1927 auf Blatt 1101 I. d. Nr. 4 des Tarifregisters. Der berufliche Geltungsbereich umfaßt die Gruppen des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe vom 30. März 1927. Der räumliche Geltungsbereich umfaßt die Provinz Oberschlesien und den Kreis Namslau.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Am 14. Oktober fand eine Platz- und Baudelegiertenversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Leider mußte festgestellt werden, daß die Plätze Schweitzer, Spieß, Hartmann und Wöhrn durch ihre Delegierten nicht vertreten waren. Das zu behandelnde Thema lautete: Was müssen wir vom Reichstarifvertrag alles wissen? Der Vorsitzende, Kamerad Weber, zerpfückte in verständnisvoller Weise die wichtigsten Paragraphen des Vertrages. Ueber die Ferienfrage entspann sich eine ergiebige Aussprache. Die Ferienregelung wurde als durch- und unzureichend geschildert. Trotzdem wurde, wenn auch nur wenige Kameraden in den Genuß von Ferien kämen, nachdrücklich verlangt, daß alle Kameraden ihre Ferien beanspruchen müssen. Sollten Kameraden Schwierigkeiten haben, so ist sofort dem Vorsitzenden Mitteilung zu machen. Die nun einzuführende Winterarbeitszeit von 45 Stunden in der Woche, soll auch im kommenden Jahr als Sommerarbeitszeit durchgehalten werden. Am Schlusse erwähnte der Vorsitzende zur regen Mitarbeit. Notwendig sei ferner, alle 14 Tage Bücherkontrolle abzuhalten und die Lehrlinge anzuhalten, daß diese die Veranstaltungen unseres Verbandes besuchen.

— (Lehrlingsversammlung.) Am 22. Oktober fand im Gewerkschaftshause eine Lehrlingsversammlung statt. Anwesend waren 24 Jungkameraden. Hiervon waren 21 organisiert und die anderen 3 Jungkameraden konnten dem Verbande zugeführt werden. Das Thema dieser Versammlung lautete: „Warum sind wir als Lehrlinge organisiert?“ Kamerad Weber führte aus, wenn wir unsere Interessen sichern und unsere Rechte wahren wollen, so müssen wir uns zusammenschließen und müssen uns organisieren. Je stärker unser Zimmererverband ist, um so nachdrücklicher werden wir auch für die Rechte der Lehrlinge eintreten können. Wenn auch in den meisten Betrieben bis heute trotz Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrages die tariflichen Lehrlingslöhne nicht gezahlt werden, so ist dies sehr bedauerlich. Daran sei natürlich nicht der Verband, sondern die rückständigen Unternehmer schuld. Durch die Organisation konnte ab 22. Oktober eine Lohnerhöhung von 5 % für die Stunde in allen drei Jahresklassen durchgeführt werden. Die Eltern unserer 54 organisierten Lehrlinge werden aufgefordert, den Zahlstellenvorstand zu bevollmächtigen, daß wir die Löhne, sowie die Bezahlung der Schulstunden und Ferien vor dem Arbeitsgericht einklagen können. Wir wollen ferner die haltlose Meinung unserer Zimmermeister juniche machen, die da sagen, alle organisierten Jungkameraden taugten nichts. Wir wollen zeigen, daß wir tüchtige Zimmerleute werden, deswegen besucht unsere Lehrlingsveranstaltungen und unsern demnächst stattfindenden Modellierkursus. Helft alle mit, kommt in unsere Reihen. Der Artikel 159 der Reichsverfassung gewährt uns Vereinigungsfreiheit, somit ist der Weg für die Lehrlinge, sich in den Gewerkschaften zu organisieren, frei. Am Schlusse führte der Vorsitzende noch aus, daß sich unsere Lehrlinge bewußt sein müssen, wie sie sich den Älten gegenüber zu verhalten haben, ehrlich — und anständig, daß führe zu echter treuer Kameradschaft. In den Vorstand der Jugendgruppe wurden die Kameraden Dieter, Reinhardt und Hagenzahl bestimmt.

— Am 23. Oktober fand eine Zahlstellenversammlung statt. Die Delegierten nahmen den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen. Geseht haben die Bezirke Seeheim und Nieder-Beerbach. Im Geschäftsbericht befaßte sich der Vorsitzende mit den Platzsperrten von Kehr und Krug. Der Erfolg war leider ein geringer. Den dortigen Ortskartellen fehlte das nötige Verständnis, dabei helfend einzugreifen. Die Gemeindevertreter der Arbeiterparteien wurden wiederholt aufgefordert, Arbeiten nur an tarifstreue Unternehmer zu vergeben; dieser Vorschlag wurde jedoch nicht beachtet. Auch der Holzarbeiterverband wurde benachrichtigt, seine Schreiner aus dem Betrieb der Firma herauszuholen. Unser Antrag wurde nicht befolgt. Die Schreiner verrichteten vielmehr Zimmerarbeiten, und so mußte unsere Aktion scheitern. Im Frühjahr soll erneut gegen den Unternehmer vorgegangen werden. Die Agitation war eine rege. Wir können einen Mitgliederzuwachs von 21 Kameraden buchen. Der Mitgliederbestand, der am Schlusse des zweiten Quartals 265 Kameraden betragen hat, steigerte sich auf 288 einschließlich 54 Lehrlinge, am Schlusse des dritten Quartals. Einige Kameraden machten den Bezirkskassierern in der Beitragszahlung Schwierigkeiten. Der Vorsitzende versprach, diese Mißstände zu regeln. Nach § 7 des Zahlstellenregulativs werden in Zukunft 5 % von den Gesamteinnahmen der einzelnen Bezirksabrechnungen für die bezirklichen Bedürfnisse in Abrechnung gebracht. Von ganz besonderem Interesse war für die Anwesenden zu hören, daß wir nun einmal wieder etwas Lokalgeld, und zwar 323,35 M., in der Kasse haben. Das Gewerkschaftsfest im Pfingststadt hat dem dortigen Bezirk über 200 M. gekostet. Zur Deckung der Unkosten wurden auf dessen Antrag 100 M. bewilligt. Die Zentral-kasseneinnahme im dritten Quartal betrug 3380,20 M., die

Ausgabe 3580,20 M. Mit diesen 200 M. Mehrausgaben sind unsere Schulden bei der Hauptkasse abgetragen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueber den Reichs- und Bezirksstarifvertrag gab der Vorsitzende in allen einschlägigen Fragen Aufklärung. Unser 30jähriges Bestehen soll in Form eines Familienfestes gefeiert werden. Die Bezirke werden angewiesen, darüber zu befinden, wann und wo es stattfinden soll. Entsprechende Anträge sollen bis zum 5. November an den Vorsitzenden geleitet werden. Nochmals wurde vom Vorsitzenden betont, unentwegt für die Organisation zu arbeiten und zu wirken.

Dresden. Die Zahlstelle Striegau berichtet im „Zimmerer“ Nr. 46 unter anderem: „Die arbeitslosen Zimmerer sollen nach dem Unwettergebiet (Elbtal) geschickt werden. Auf dem Verbandsbureau in Dresden würde den Kameraden Arbeit nachgewiesen werden.“ Die Zahlstelle Dresden bemerkt hierzu folgendes: Es kann sehr leicht den Anschein erwecken, als wäre im Unwettergebiet eine sehr große Bautätigkeit und ein Mangel an Zimmerern vorhanden. Das entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Wir warnen deshalb alle Kameraden, nach dem Unwettergebiet (Ost-Erzgebirge) zu reisen. Es ist der Zahlstelle Dresden gänzlich unmöglich, den Kameraden noch Arbeit zu vermitteln.

Elbing. Am 29. Oktober fand im Volkshaus eine Versammlung der Jungkameraden statt. Die Versammlung war von unserm Kassierer, Kameraden Gehrmann, zwecks Gründung einer Jugendabteilung einberufen worden. Der Vorsitzende, Kamerad Schulz, eröffnete die Versammlung. Der Gauleiter, Kamerad Finsel, erklärte in kurzen Worten den Zweck der Jugendabteilung. Als Jugendleiter wurde Kamerad Gehrmann, als Vorsitzender Jungkamerad Böhm und als Schriftführer Jungkamerad Helbing einstimmig gewählt. Die Versammlungen finden jeden zweiten Mittwoch nach dem Ersten jedes Monats statt. Auch sollen zwei Modellierabende im Monat eingerichtet werden. Hier folgte mit einem dreifachen Hoch auf die Jugendabteilung Schluß der Versammlung.

Essen. Unsere Zahlstellenversammlung tagte am 30. Oktober. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kamerad Strattmann den Geschäfts- und Kassenbericht vom dritten Quartal. Ausgehend vom zweiten Quartal betonte er, daß die Bautätigkeit noch nicht nachgelassen habe. Nur vorübergehend seien einige Kameraden im dritten Quartal einige Tage arbeitslos gewesen. In verschiedenen Nachbarorten haben die Kameraden versucht, diese künftige Konjunktur auszunützen, indem Fahrgeld und Wegegeld verlangt wurde; hierbei sei es auch zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Diese Bestrebungen waren aber zum größten Teil erfolglos, weil der einheitliche Wille fehlte und anderseits die Organisation nicht offen für solche Forderungen eintreten konnte. In kurzen Worten streifte der Redner auch die Ferienangelegenheit. Die Unternehmer versuchen auch diesen kargen Anspruch zu unterbinden. Die geringste Unterbrechung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels machen sie sich zunutze. Zum Teil werden die Kameraden kurze Zeit vor Ablauf der Wartefrist entlassen. In diesen Fällen muß man erst eine Entscheidung des Arbeitsgerichts herbeiführen, bis der Kamerad sein Recht bekommt. Insbesondere sei der Ferienanspruch der Lehrlinge nur ein auf dem Papier festgelegter Paragraph. Es sei Pflicht der Platzdelegierten, sich mehr mit der Ferienangelegenheit zu befassen. Ebenso wichtig sei eine Lohnerhöhung. Auf Wunsch vieler Kameraden befaßte sich Kamerad Strattmann mit dieser Frage. Er führte aus, daß diese Forderung vielleicht durchführbar wäre, wenn die Kameraden sich nicht durch längere Arbeitszeit mehr Geld verschaffen würden. Mit Kameraden, die 10 bis 15 Stunden auf der Baustelle liegen, kann man keine Kämpfe um Lohnerhöhung führen. Diese Kameraden untergraben ihre eigene Existenz. Auch über die Tätigkeit des Vorstandes der Zahlstelle in diesem Quartal gab Kamerad Strattmann Aufklärung. Man konnte feststellen, daß viele Kameraden erst durch das Eingreifen des Vorstandes zu ihrem Recht kamen. Zur Werbung neuer Mitglieder übergehend, betonte der Redner, daß hierin noch eine größere Tätigkeit entfaltet werden müsse. Aufgabe der Platz- und Baudelegierten sei es, die noch vorhandenen unorganisierten und andersorganisierten Kameraden in den nächsten Wochen dem Verband zuzuführen. Des weiteren werden die Platz- und Baudelegierten angehalten, die Bücherkontrolle auf den Baustellen regelmäßig vorzunehmen, damit auch die beitragschuen Mitglieder ihre Pflichten gegenüber dem Verbande nicht vergessen. — Am 17. September feierte die Zahlstelle ihr 43jähriges Stiftungsfest; dabei wurden an 7 Kameraden Ehren diplome für 25jährige Verbandszugehörigkeit verteilt. — Im Zahlstellenvorstand trat im letzten Quartal eine Aenderung ein. Für den ausgeschiedenen Schriftführer der Zahlstelle, Kameraden Beck, wurde Kamerad Stelmer in der Zahlstellenversammlung des zweiten Quartals gewählt. Kamerad Muskat, der 2. Vorsitzende der Zahlstelle, schied durch Tod aus. Für ihre langjährige Tätigkeit innerhalb des Zahlstellenvorstandes sprach Kamerad Strattmann den beiden Kameraden den Dank der Zahlstelle aus. Da sich zu dem gegebenen Geschäftsbericht niemand zum Wort meldete, konnte Kamerad Strattmann als Kassierer der Zahlstelle gleichzeitig den Kassenbericht vom dritten Quartal den Anwesenden vortragen. Jeden Kameraden war es möglich, an Hand des herausgegebenen gedruckten Kassenberichts einen genauen Überblick über die Kassenverhältnisse der Zahlstelle zu bekommen. Da auch zum Kassenbericht keiner der Anwesenden sich zum Wort meldete, wurde auf Antrag des Kassenrevisors dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Wahl des 2. Vorsitzenden vollzogen. Kamerad Rittmeyer wurde in geheimer Wahl zum 2. Vorsitzenden gewählt. Zum dritten Punkt wurden einige Anträge der Bezirke behandelt.

Hann. Münden. In der Versammlung am 4. November erstattete Kamerad Siebert Bericht über den Reichs- und Bezirksstarifvertrag. Die Ausführungen wurden allgemein gut aufgenommen. Alsdann wurde über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zwecks Regelung der Lehrlingslöhne berichtet. Alle Kameraden seien veranlaßt, bei der Herbstagitation mitzuarbeiten, damit im Frühjahr alles darangesetzt werden kann, die noch nicht gewerkschaft-

lich erforderten Gebiete zu bearbeiten. Die Kameraden wünschen, daß weitere Vorträge dieser Art gehalten werden.

Kamenz. Am 30. Oktober tagte im „Bürgergarten“ zu Pulsnitz unsere Zahlstellenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Rudolf Franz Wiese, Kurt Seyde, Lückersdorf, Willi Guhr, Röhrsberg, und Hermann Hause, Rammenau, durch Erheben von den Plätzen geehrt. Zunächst hielt der Gauleiter, Kamerad Köhler, einen Vortrag über das neue Arbeitsgerichtsgesetz. In ausführlicher Weise schilderte er die Entwicklung der früheren Gewerbegerichte und zeigte die Schwierigkeiten, die bestanden, um Klagen anhängig zu machen. Vielerorts mußten die Amtsgerichte angerufen werden, weil nicht überall Gewerbegerichte bestanden. Nach dem neuen Gesetz besteht nun überall die Möglichkeit, das Arbeitsgericht anzurufen. Eingehend behandelte er weiter die Zuständigkeit und die Prozeßvertretungen. Besonders sprach er auch über den Gang des Verfahrens bei Lehrlingsklagen. Kamerad Köhler schloß mit dem Wunsche, daß sich dieses Gesetz nun auch zum Vorteil für die Arbeiterschaft auswirken möge. Dann erstattete Kamerad Seidel den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Bautätigkeit in diesem Jahre sei eine gute gewesen, was sich auch durch Hebung der Mitglie derzahl gezeigt habe. Die Mitglie derzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 544. Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag seien nur wenige zu verzeichnen; hauptsächlich betraf dies die Lehrlinge. Hier hat es ziemlich lange gedauert, bis die Schulstunden bezahlt wurden. Auch heute gibt es noch Unternehmer, die glauben, daß nicht der Tarifvertrag, sondern der Lehrvertrag für sie gelte. Diese Unternehmer werden wir durch das Gericht zwingen müssen, wie das in einigen Fällen bereits geschehen ist. Unsere Kassenverhältnisse haben sich auch gut entwickelt. Unser Lokalkassenbestand hat sich am Schlusse des 3. Quartals auf 3922,84 M. erhöht. Auf Antrag des Kameraden Johne wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Ferner lagen einige Gesuche um Unterstützung vor, die von der Versammlung genehmigt wurden. Kamerad Seidel machte dann noch auf die Bildungsveranstaltungen in diesem Winter aufmerksam und ersuchte, diese nach seinem Vorschlag festzulegen. Dies geschieht einstimmig. Als Geschäftsführer für das nächste Jahr wurde auf Vorschlag des Kameraden Riesel der Kamerad Seidel einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß machte der Geschäftsführer noch auf den Pfingsten 1928 auf Burg Hohnstein stattfindenden Gaujugendtag aufmerksam und ersuchte, recht rege Propaganda unter den Jugendlichen zu entfalten.

Magdeburg. Am 23. Oktober fand bei Oskar Kleine, Jaglosberg, unsere Zahlstellenversammlung statt. Eingangs wurde des verstorbenen Kameraden Julius Kühne gedacht. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde ein Antrag angenommen, den Bericht über die Verhandlungen mit dem Zentralvorstand, betreffs der Agitation im Gau, auf die Tagesordnung zu setzen. Nunmehr erhielt Kamerad Rogge das Wort zum Geschäfts- und Kassenbericht. Er schilderte die Verhältnisse in der Betriebsvertretung und tadelte das Verhalten einzelner Kameraden, die sich immer noch nicht daran gewöhnen können, daß sie nur das Bunkelgeld zu liefern haben und die trotzdem das ganze Hobelwerkzeug liefern und damit um die Gunst des Unternehmers buhlen. Jeder Kamerad habe darauf zu achten, daß unsere Beschlüsse respektiert werden. Außerdem betonte Kamerad Rogge, daß, wenn in den Bezirken ein Vergnügen stattfindet, man den Eintrittspreis so bemessen solle, daß kein allzu großes Manko entstehe. Der Kassenbericht lag gedruckt vor, so daß jeder einzelne Delegierte Einsicht nehmen und sich über den Stand der Kasse informieren konnte. Kamerad Rogge stellte den Antrag, Inserate und Buchdruckerarbeiten nur in den Arbeiterzeitungen und im „Zimmerer“ in Auftrag zu geben. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Ein Antrag der Revisoren auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. In kurzen Worten schilderte Kamerad Rogge die Situation im Gau. Der Bericht löste eine längere Debatte aus. Der Vorsitzende, Kamerad Adolph, berichtete über die Sitzungen des Gauvorstandes. In der letzten Sitzung war Kamerad W. Wolgast, Hamburg, anwesend. Im Gau sei bezüglich der Agitation noch sehr viel zu tun; der Zentralvorstand stehe deshalb auf den Standpunkt, daß es unbedingt erforderlich sei, daß Kamerad E. Schmidt bis auf weiteres tätig bleibe. Eine endgültige Regelung solle das nicht sein. Die Aussprache schloß mit der Annahme eines Antrages, der dem Zentralvorstand überwiesen werden soll. Ferner wurde einstimmig beschlossen, das Gesellschaftskapital bei der Baustelle nicht zu erhöhen, bis auch die übrigen Gewerkschaften soviel eingezahlt haben wie unsere Zahlstelle. Kamerad Rahmann gab einen Bericht über seine Tätigkeit als Jugendleiter; er erläuterte auch das Programm für die nächste Zeit. Es solle eine Revolutionsfeier stattfinden, ferner ein Lichtbildervortrag über den Werdegang der Zimmererbewegung. Für die Teilnahme an dem Kursus der Parteischule wurden einigen Jungkameraden die Unkosten bewilligt. Ferner wünscht Kamerad Rahmann, daß der Gauvorstand eine Jugendleiterkonferenz einberufe, um dadurch einheitliche Richtlinien innerhalb des Gaus zu schaffen. Der Bezirk Schönebeck stellte den Antrag, die nächste Zahlstellenversammlung in Schönebeck abzuhalten. Die Bezirke sollen hierzu Stellung nehmen, in der nächsten Zahlstellenversammlung wird hierüber entschieden. Der Schriftführer wurde beauftragt, das Protokoll der Versammlung an die Redaktion des „Zimmerer“ zu senden. Mit anregenden Worten bezüglich der Agitation für unsern Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Nordhorn. Am 19. Oktober fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende führte aus, daß es Pflicht aller Kameraden sei, für den Verband zu agitieren. Es gibt bis jetzt nur wenige Kameraden, die sich darum bemühen, Unorganisierte für unsern Verband zu gewinnen. Alsdann wurde über die Rahmenweiche verhandelt und beschlossen, hierfür eine Festlichkeit zu veranstalten. Ferner soll auch ein Herbstergnügen abgehalten werden. Weiter sprach Kamerad Thole über den neu herausgegebenen Kalender für das Jahr 1928; dieser habe

überall guten Anklang gefunden und es wäre zu wünschen, daß jeder Kamerad in den Besitz eines Kalenders kommt. Zum Schluß wurde über die 48stündige Arbeitswoche diskutiert. Es gibt noch immer Kameraden, die in dieser Zeit ihre Kräfte als noch nicht verbraucht ansehen und Überstunden machen, ohne über die Frage der so schwer erkämpften Arbeitszeit nachzudenken. Alle überzeugten Kameraden sollen schärfste Verwarnung gegen diese Übertreter einlegen, damit uns der Achtstundentag erhalten bleibt. Mit den Worten „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ wurde unsere Versammlung geschlossen.

Peisierwäg. Am 23. Oktober fand unsere Vierteljahrsversammlung in Steindorf im Lokal von Wittner statt. Der Kassierer verlas die Vierteljahrsabrechnung. Alsdann wurde noch einmal die Frage der Organisations der Lehrlinge besprochen. Trotzdem der erste Versuch, die Lehrlinge zu einer Zusammenkunft zu bestellen, mißlungen ist, wurde den Kameraden zur Pflicht gemacht, alle auf ihren Plätzen beschäftigten Lehrlinge nochmals für Sonntag, 30. Oktober, zusammenzurufen, um sie für den Verband zu gewinnen. Es soll ein engeres Bündnis zwischen Gefellen und Lehrlingen auf den Arbeitsstellen hergestellt werden. Ein Kamerad wurde als Mitglied aufgenommen. Als Kollporteur für Peisierwäg für das 4. Quartal wurde Kamerad Karl Pfeifer, als dessen Stellvertreter Wilhelm Fricke gewählt. Für Steindorf wurde für das 1. Quartal 1928 Kamerad Gustav Marschall gewählt. Dem Kameraden Mehrländer wurde eine Rüge wegen seines Verhaltens gegen den Kollporteur Richard Schleifer II erteilt, worauf er diesen in der häufigsten Weise beschimpfte; der Vorsitzende entzog ihm hierauf das Wort. Kamerad Mehrländer verließ hierauf die Versammlung trotz der Aufforderung des Vorstandes, bis zur Klärung der Angelegenheit zu bleiben. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Kameraden Mehrländer wegen unkameradschaftlichen Verhaltens aus dem Verband auszuschließen. Die Anfrage eines Kameraden, ob die Beiräte, die er im Landarbeiterverband während seiner Beschäftigung im Walde leistete, ihm auch vom Hauptvorstand als volle Beiratsmarken anzurechnen werden, konnte auf Grund der neu herausgegebenen Einheitsverbandsbücher zustimmend beantwortet werden. Weiter wurde der in der letzten Versammlung gefasste Beschluß, für das Fehlen in einer Versammlung 5 M Strafe zu erheben, besprochen. Die Versammlung beschloß die Durchführung dieses Beschlusses. Der Kamerad Proška ermahnte die Kameraden, von den im Ortsausschuß vorhandenen Büchern über das Arbeitslosenversicherungsgesetz Gebrauch zu machen.

Reichensachsen. In der am 16. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Kassierer Bericht vom 3. Quartal. Alsdann hielt der Kamerad Siebert, Kassel, einen Vortrag über die „Grundzüge der Tarifrechts“. Redner behandelte die Entwicklung der Tarifverträge in den deutschen Gewerkschaften und vor allem im Baugewerbe. Kamerad Siebert behandelte die Rechtsfragen der Verträge und ging eingehend auf den Reichstafelvertrag und auf die Bezirksstarke in Hessen ein. Alle Rechte, die der Tarif in sich birgt, müssen von unseren Kameraden in Anspruch genommen werden, damit der Vertrag auch zur Auswirkung kommen könne. Die Arbeitszeit- und Lehrlingsferienfrage im Baugewerbe wurde vom Referenten erläutert und auf die Pflichten und Rechte der Belegschaften der einzelnen Zimmerplätze und Baustellen hingewiesen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Grenzstreitigkeiten zwischen den Zahlstellen Kassel und Reichensachsen wurden geklärt.

Rührda. Am 30. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt. Kamerad Siebert, Kassel, hielt einen Vortrag über „Die Geschichte unseres Verbandes“. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß mehrere solche Vorträge stattfinden sollten. Der Referent erläuterte sodann die Grundfragen des Tarifvertrages und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 11. November bei einem Brückenbau in Delitzsch. Unsere Kameraden waren an der Drahtseilbahn der Grube „Auguste“ beschäftigt. Um Reparaturen auszuführen, legten unsere Kameraden einige Bohlen über die Drahtseile der stillstehenden Bahn. Ohne vorherige Meldung wurde die Drahtseilbahn in Gang gesetzt. Der Kamerad Erich Hochtwig wurde herabgeschleudert und fiel vier Meter hinab. Der Schwerverletzte brach beide Arme und wurde nach dem Krankenhaus Karlsfeld überführt. Immer wieder muß darauf aufmerksam gemacht werden, die Arbeiterschutzbestimmungen zu beachten, damit Unfälle dieser Art verhütet werden.

Über die neue Bauweise veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel des kürzlich auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Geheimrats Hermann Muthesius. Der Artikel ist gewissermaßen ein Nachwort zur Stuttgarter Bauausstellung. Das Ergebnis der Ausstellung, so meint Muthesius, könne nur ein vorläufiges sein, es komme jetzt vor allem erst darauf an, wie sich die angewandten neuen Bauweisen bewähren und wie sich die Bewohner in den neuartigen Häusern fühlen.

„Nach den eigenen literarischen Feststellungen des ausstellenden Architektenkreises sind, wie in dem Artikel ausgeführt wird, eine Reihe von Richtlinien für ihre Bauten maßgebend gewesen, die sich vielleicht auf drei Hauptpunkte zurückführen lassen. Zunächst wird die neuzeitliche Rationalisierung der Wohnung scharf hervorgehoben, wobei allerdings so getan wird, als wäre nach dieser Richtung hin überhaupt noch nichts geschehen. Das, was die deutsche Architektenschaft in den letzten 25 Jahren reinigend, veredelnd und reformierend geleistet hat, wird überprungen und man versucht, das Publikum in den Glauben zu versetzen, daß man gegen äußerste Barbarei ankämpfen müsse. Zugestanden muß freilich werden, daß neben diesen Bauten eine Ueberfülle von unvernünftigem Bauen noch täglich gefügt wird. Von dieser Tatsache ausgehend, kann eine neue Propaganda für Verbesserung des Wohnens nur begrüßt werden. Aber man fragt sich, ob sie notwendigerweise zu

solchen Verstößen führen mußte, wie sie auf der Ausstellung teilweise zutage traten. Die tatsächliche Benützung der Häuser wird darüber Aufklärung bringen, ob wirklich die neue Generation, für die man angeblich baut, einen wesentlichen Teil ihres Lebens, wie in arabischen Ländern, auf dem Dache verbringen wird, ob sie wirklich im Winter vor enormen Glasflächen frieren will oder, um ihre Häuser zu erwärmen, das doppelte Quantum Kohlen zu verwenden bereit ist, ob sie das Gemeinschaftsleben so weit ausdehnen will, daß kein abgeschlossener Raum im Hause vorhanden ist, in dem man geistig arbeiten kann, ob sie wirklich auf jedweden Abstellraum verzichten will.

Ein weiteres Ziel, das in der Ausstellung verfolgt wurde, war die Anwendung neuer Baustoffe und neuer Baumethoden, wobei die Lieblingsbaustoffe — Beton und Glas — die denkbar größte Rolle spielen. Es ist zu begrüßen, daß die Stadt Stuttgart die Mittel bewilligt hat, solche Versuche zu machen und etwaige Unkosten, die durch Nichtbewährung in der Folge erwachsen mögen, auf sich zu nehmen. Die Ausstellung für sparsame Bauweisen in Berlin 1919, an die die Stuttgarter Ausstellung in dieser Hinsicht erinnert, ist damals ziemlich fruchtlos verlaufen. Als erledigt ist dieses Versuchsgebiet damit durchaus nicht zu betrachten. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Zukunft sich mit dem heutigen Baubetrieb nicht mehr restlos einverstanden erklären wird. Das Bestreben, einen Ersatz für die mit reichlichem Wassergesetz verwendeten heutigen Baustoffe zu schaffen, der die Bauzeit verringert und die Arbeit verbilligt, ist durchaus anzuerkennen. Es ist allerdings zu fürchten, daß, ähnlich wie damals in Berlin, aus der großen Varietät von Wand- und Deckenkonstruktion nur ein kleiner Teil als verwendbar erkannt werden wird. Da die Privatunternehmung ja leider genötigt ist, in der Anwendung neuer Baustoffe außerordentlich zurückhaltend zu sein, weil die Hypothekenbelastung in keiner Weise auf neue Bauweisen eingestimmt und nur mit absolut gesicherten Baumethoden rechnen will, ist das Einsetzen öffentlicher Mittel erwünscht, und aus diesem Grunde ist es auch zu begrüßen, daß die Fonds der Reichsforschungsgesellschaft den Stuttgarter Versuchen geöffnet worden sind.

Außer diesen beiden Zielen, die die Ausstellung verfolgt, wird dann noch vereinigt der sogenannte neue Formwille als Richtschnur genannt. Und in der Tat, hier liegt der eigentliche Kern der ganzen Bewegung. Wer sich bemüht, der Sache auf den Grund zu gehen, wird erkennen, daß das, was heute die Geister jenes Kreises bewegt, eigentlich die neue Form ist. Die neue Form, die sie so mächtig beeinflusst, daß alle andern Gesichtspunkte in den Hintergrund treten. Die neue Form wirkt so tyrannisch auf ihre Vertreter, daß die beiden andern Leitmotive, vornämlich aber das so überaus stark betonte der Rationalisierung unterdrückt, ja fast gänzlich unterdrückt werden. Die neue Form ist es, die das flache Dach gebietet, und die mannigfaltigen, vorläufig noch gar nicht abzusehenden Nachteile, die damit verbunden sind, in den Kauf nehmen läßt. Die neue Form ist es, die zu der maßlosen Ueberbelastung der Wohnräume führt, weil sie ihren Vertretern diktiert, daß vor allem rings um das Haus herumlaufende ununterbrochene Fensterreihen angebracht werden müssen. Die neue Form ist es, die die Außenwände schuklos dem Wetter preisgibt, indem sie das bisher in unserm Klima üblich gewesene überstehende Dach vermeidet. Alle diese Dinge haben weder mit Rationalisierung, noch mit Wirtschaftlichkeit, noch mit Konstruktionsnotwendigkeit irgend etwas zu tun. Es handelt sich um reine Formprobleme. Das Ideal ist, kubische Baumassen zu bilden. Die einzelnen Kuben werden ineinander geschoben und zu einer mehr oder weniger auf aufgebauten Gruppe vereinigt, wobei andere als kubische Baumassen so gut wie nicht in Betracht kommen. Daß man bei dieser Zusammenschichtung der kubischen Einzelbauteile häufig wieder zu jenen wildgruppierten Baugebilden kommt, die vor 30 Jahren als deutsche „Villa“ üblich waren, und daß die inwischen mühsam erlangte Geschlossenheit des Hauses dadurch wieder verloren geht, wird nicht beachtet. Wie denn überhaupt die Befangenheit der neuen Architekten in äußeren Gestaltungsmoden, trotz aller Ablehnung, mindestens so stark ist wie bei den früheren Stilarchitekten. Gerade in der jetzt wieder hervortretenden Gruppierungssucht werden später die Ursachen für rasche Vergänglichkeit gefunden werden, und hier dürfte in praktischer Beziehung das erste große Fragezeichen zu machen sein. Die Bauten werden voraussichtlich nach wenigen Jahren infolge der in unserm Klima unvermeidlichen Durchnässungen ruinenhaft wirken, es sei denn, daß außerordentlich kostspielige Reparaturen ständig die eingetretenen Verwitterungsschäden beseitigen und für das saubere Aussehen sorgen.

Diese Ausführungen sind sehr beachtlich. Die Bauweise kann nicht eine bloße Formfrage sein; für sie müssen reine Zweckmäßigkeitsgründe den Ausschlag geben. Darin stimmen wir dem Verfasser des Artikels durchaus bei.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London. Mit Ausnahme des englischen Mitgliedes nahmen alle Vorstandsmitglieder an der Sitzung teil. Vom Finanzbericht für das 1. bis 3. Vierteljahr 1927 wurde Kenntnis genommen. Außerdem wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Das vor einiger Zeit gegründete Internationale Berufssekretariat der Lehrer wurde anerkannt. — Das Protokoll der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz soll als Sonderabdruck erscheinen, sofern für die betreffende Sprache mindestens 1000 Exemplare bestellt werden. — Es wurden einige redaktionelle Änderungen der Satzung vorgenommen, die der im Januar stattfindenden Ausschusssitzung zur endgültigen Festsetzung unterbreitet werden. — Es fand eine eingehende Aussprache statt über die Art und Weise, wie die vom Pariser Kongreß beschlossenen jährlichen Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern am besten durchzuführen sind. Um ein einheitliches Verfahren bei den Erhebungen zu ermöglichen und wirklich vergleichbare statistische Angaben zu erhalten, sollen bei den Landeszentralen noch nähere Erklärungen eingegeben werden über das einzuschlagende Verfahren sowie über diejenigen Industrien, die von der Erhebung erfaßt werden sollen. — Die von den Landes-

zentralen eingelaufenen Antworten auf die Anfrage, betreffend die Anwendung einer internationalen Hilfssprache, wurden zur Kenntnis genommen, und es wurde beschlossen, dem Ausschuss vorzuschlagen, vorläufig von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit abzusehen. — Da es bei den Verhandlungen mit dem Generalrat der britischen Gewerkschaften nicht möglich war, zu einer Verständigung über die Besetzung der freien Stelle im Vorstand zu kommen, wurde beschlossen, die Wahl eines Vorsitzenden sowie die gesamte Reorganisationsfrage: Sitzverlegung, Wahl des Generalsekretärs, Unterssekretäre usw., bis zur Ausschusssitzung zurückzustellen. Es wurde aber hierbei betont, daß die Wahl des Vorsitzenden unbedingt im Januar 1928 erfolgen soll, auch falls es bis dahin nicht zu einer Einigung mit den englischen Gewerkschaften kommen sollte. Die Tagesordnung der Ausschusssitzung sowie der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate in Berlin wurde festgestellt. An der Ausschusssitzung sollen auch die stellvertretenden Ausschusssmitglieder teilnehmen können, jedoch ohne Stimmrecht. — Über die Vorbereitung der nächsten internationalen Arbeiterkonferenz, die Aktion der Landeszentralen zugunsten der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und das internationale Jugendschutzprogramm fand eine eingehende Aussprache statt. Diese Fragen werden auch der kommenden Ausschusssitzung unterbreitet werden.

Großkampf in der Textilindustrie. Am Dienstag, 8. November, wurden 55 000 Textilarbeiter im Wuppertal und im rechtsrheinischen Gebiet ausgesetzt. Die Textilarbeiter forderten vor einiger Zeit eine Erhöhung der Löhne und der Akkordzuschläge. Weiter forderten die Gewerkschaften eine Verkürzung der jetzt bestehenden 54stündigen Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab. Die Belegschaften verschiedener Werke legten, als die Unternehmer keinerlei Entgegenkommen zeigten, die Arbeit nieder, worauf die Industriegewaltigen die Belegschaften sämtlicher Betriebe im Wuppertal und im rechtsrheinischen Gebiet aussetzten. In der Textilindustrie werden unglaublich niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit gezahlt. Es ist bestimmt nicht zu weitgehend, wenn im Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes behauptet wird, daß die im Wuppertal gezahlten Löhne Hungerlöhne seien. Hochqualifizierte Facharbeiter in der Klemendreherei erhielten 1914 einen Nettolohn von 22,38 M, 1927 erhalten sie 28,26 M bei gesteigerter Leistung. Die bestqualifizierten Facharbeiter in der Stranärfärberei erhielten 1913 einen Nettolohn von 23,94 M, 1927 erhalten sie 32,43 M. Am 2. November fand eine Verhandlung zwischen den Parteien statt. Das Angebot der Unternehmer war jedoch außerordentlich gering. Unter dem Vorsitz des Schlichters in Dortmund fand am 11. November eine Verhandlung statt, in der ein Schiedsspruch gefällt wurde. Danach soll der Hilfsarbeiter-Spitzennach von 65 auf 76 % erhöht werden. Auch die Akkordzuschläge werden nach diesem Schiedsspruch von 12% bis auf 15 % erhöht. Am 13. November fand eine Konferenz der Funktionäre des Textilarbeiterverbandes statt, die beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Genossenschaftsbewegung.

Eine wirtschaftliche Großmachstellung. Die Tagespresse wimmelt von Berichten über alle möglichen „Bewegungen“ in der Wirtschaft des In- und Auslandes, wobei aber sehr selten die Entwicklung der Konsumgenossenschaften Gegenstand der Darstellung ist. Und doch gibt es hierbei Gelegenheit zu Feststellungen, die, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, einfach verblüffend sind, da sie zeigen, daß die Genossenschaftsbewegung in einzelnen Ländern und Städten schon eine wirtschaftliche Großmachstellung einnimmt. Dies zeigt vor allem die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien, die im Jahre 1926 trotz des monatelangen Bergarbeiter- und Generalstreiks eine Umsatzerhöhung von 8 Millionen Pfund Sterling = 160 Millionen Reichsmark erzielte bei einem Gesamtumsatz von 200 Millionen Pfund = 4 Milliarden Reichsmark. Die zirka 5 Millionen Mitgliederfamilien erzielten dabei einen Ueberschuß von 22 Millionen Pfund Sterling = 440 Millionen Reichsmark! Das heißt: arbeitsfähig werden bei einem Gesamtumsatz von 616 000 Pfund Sterling 70 000 Pfund = 1 400 000 Reichsmark an die Mitglieder wieder zurückgegeben verteilt. Was eine Ersparnis von 11 % oder eine Steigerung der Kaufkraft des Geldes im gleichen Betrag bedeutet. Und aus welcher einfachen Tatsache kommt dies großartige volkswirtschaftliche Resultat? Die englischen Verbrauchermassen konzentrieren ihre Kaufkraft in den Konsumgenossenschaften, wo sie ihre eigenen Unternehmer sind. Geschäfts- und Kapitalrisiko kommen in Weaßall, der Ueberschuß aber gehört den „Unternehmern“, die im gegebenen Fall nicht eine Handvoll Aktionäre oder kapitalkräftige Leute sind, sondern die Verbrauchermassen in Stadt und Land. Auf welches Vertrauen die großbritannischen Konsumgenossenschaften sich stützen können, zeigt die Summe der Spareinlagen mit 121 Millionen Pfund Sterling = 242 Milliarden Reichsmark! Daß mit einer solchen Summe der Geldmarkt ganz bedeutend beeinflusst wird, liegt auf der Hand. So besteht also die wirtschaftliche Großmachstellung der englischen Konsumgenossenschaften darin, daß sie, daß heißt ihre 5 Millionen Mitgliederfamilien, unabhängig sind vom Industrie-, Handels- und Bankkapital. Kein Wunder, daß mit Ausnahme der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse das großkapitalistisch eingestellte deutsche Zeitungsmonopol über „derlei Dinge“ grundsätzlich nicht berichtet. Was übrigens eine einzige große englische Konsumgenossenschaft zu leisten in der Lage ist, zeigt die Konsumgenossenschaft Leeds, die kürzlich ihr achtzigjähriges Bestehen feierte. Sie erzielte in den ersten 50 Jahren ihres Bestehens (1847 bis 1893) 310 Millionen Reichsmark Umsatz, aber in weiteren je zehn Jahren, 1897 bis 1906 302 Millionen Reichsmark, 1907 bis 1916 360 Millionen Reichsmark und 1917 bis 1926 725 Millionen Reichsmark. Die Ueberschüsse betrugen in den ersten 50 Jahren 32 Millionen Reichsmark, in den letzten 10 Jahren aber 75 Millionen Reichsmark bei einem Anleihekaptal der

98 400 Mitgliederfamilien von rund 29 Millionen Reichsmark. Daß die Konsumgenossenschaft in Leeds die größte genossenschaftliche Schuhfabrik der Welt, Warenhäuser und sonstige Unternehmungen, darunter die imposantesten Gebäude der großen Stadt besitzt, mag nur nebenbei bemerkt sein. Sie verfügt über 2 Millionen Reichsmark Reserven und beschäftigt 3000 Angestellte. Dieser Einzelausschnitt aus der in der englischen Volkswirtschaft dominierenden Stellung der Konsumgenossenschaften beweist, daß das Volk heute schon auf weiten Gebieten sein eigener Unternehmer sein kann und daß es auch in Deutschland mit steigender Einsicht der Verbrauchermassen in die Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen gelingen wird, die wirtschaftliche Großmachstellung zu erringen, die die Konsumgenossenschaften Englands auszeichnen. In Berlin, Hamburg, Dresden, München, Stuttgart usw. sind alle Ansätze und Bedingungen hierfür vorhanden. ff.

Sozialpolitisches.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. bis zum 31. Oktober dieses Jahres — zum ersten Male seit Februar dieses Jahres — sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenunterstützung wieder in geringem Umfange gestiegen, und zwar in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 = 3,1 % und in der Krisenunterstützung um rund 3 000 = 2,7 %. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat also um 13 000 = 2,9 % zugenommen.

Die Zunahme ist nach Auffassung der amtlichen Stellen zu einem nicht unerheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß Arbeitslose, die bisher bei Notstandsarbeiten beschäftigt worden, wieder in die unterstützende Fürsorge aufgenommen worden sind, weil die Notstandsarbeiten der Jahreszeit entsprechend eingeschränkt wurden. Im übrigen ist die Steigerung in der Hauptsache auf die Entlassung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen, bau- und gewerkschaftlichen und anderen Saisonbetrieben zurückzuführen. Auch in unserm Verband ist eine Steigerung der Erwerbslosen ziffer festzustellen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug am 31. Oktober dieses Jahres rund 340 000 (männlich 274 000, weiblich 66 000) gegenüber 330 000 (männlich 265 000, weiblich 65 000) am 15. Oktober und 355 000 (männlich 286 000, weiblich 69 000) am 1. Oktober dieses Jahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung betrug am 31. Oktober dieses Jahres rund 116 000 (männlich 93 000, weiblich 23 000) gegenüber 113 000 (männlich 90 000, weiblich 23 000) am 15. Oktober dieses Jahres.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Ein Bureaunkratensfüchlein.

Ein Mitglied Sch. der Allgemeinen Ortskrankenkasse Fürstenberg i. M. hat sich während eines Aufenthalts in Berlin von einem dortigen Zahnarzt am 10. November 1925 einen Zahn ziehen lassen und ihm dafür einen Betrag von 4 M gezahlt. Hiervon hat die Kasse Sch. einen Betrag von 1,80 M erstattet. Bei einer Kassenrevision hat das Versicherungsamt Neustrelitz jene Erstattung ihrer Höhe nach beanstandet, weil die Kasse im Falle einer unmittelbaren Beauftragung des Sch. diesem nur 1,49 M zu zahlen gehabt hätte. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Fürstenberg stellt sich auf den Standpunkt, daß die beanstandete Mehrzahlung von 31 Pfennig sich mit Billigkeitsgründen rechtfertigen lasse. Auf Verlangen des Versicherungsamts Neustrelitz forderte sie dann aber Sch. zur Zurückzahlung der 31 Pf. auf, wobei sie anheimstellte, eine Entscheidung des Versicherungsamts Neustrelitz im Spruchverfahren herbeizuführen. Das tat Sch. Durch Vorentscheidung seines Spruchauschusses vom 10. Februar 1926 hat das Versicherungsamt Sch. für verpflichtet erklärt, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Fürstenberg „31 Reichspfennig zurückzuführen“, worauf das Versicherungsamt Neustrelitz am 8. März 1926 „im Aufschlagswege“ die Einziehung der 31 Pf. durch die Kasse anordnete. Wegen diese Anordnung erhob die Kasse Beschwerde beim Oberversicherungsamt Neustrelitz. Die Beschwerde wurde von diesem durch Entscheidung vom 31. März 1926 zurückgewiesen.

Daraufhin hat das Versicherungsamt Neustrelitz am 15. Mai 1926 nochmals die Einziehung des bezeichneten Betrages angeordnet und gleichzeitig dem Vorsitzenden des Vorstandes der Kasse eine Ordnungsstrafe von 50 M für den Fall angedroht, daß die Einziehung nicht innerhalb eines Monats erfolgen sollte. Die Kasse machte Einwendungen, worauf aber nach langwierigen Verhandlungen das Versicherungsamt wiederum die Einziehung des Betrages von 31 Reichspfennig mit Frist von 14 Tagen anordnete. Die Krankenkasse legte auch gegen diese Anordnung der Einziehung beim Oberversicherungsamt Neustrelitz wiederum Beschwerde ein, die zurückgewiesen wurde.

Nun hatte kürzlich auf weitere Beschwerde der Krankenkasse das Reichsversicherungsamt in Berlin sich wegen der 31 Pf. in Bewegung zu setzen. Das Reichsversicherungsamt entschied, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse Fürstenberg berechtigt war, „unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles nach billigem Ermessen einen höheren Betrag zu erheben“. Das Versicherungsamt durfte sie daher nicht im Aufschlagswege zur Wiedereinziehung des über den Betrag von 1,49 M hinaus gezahlten Betrages von 31 Reichspfennig anhalten.

Es ist wohl am besten, wenn man dieses Bureaunkratensfüchlein des Versicherungsamts Neustrelitz für sich sprechen läßt. Ein Kommentar ist überflüssig. Gefragt werden soll nur: Wollte das Versicherungsamt Neustrelitz (oder wohl richtiger: sein amtsrichterlicher Vorsitzender) mit aller Gewalt den Steuerzahlern den Glauben beibringen, daß sie zu viel Beamte „zu ernähren“ haben? Allerdings, auf eine bessere Art konnte das nicht geschehen. ck.

Arbeitsvermittlung und Tarifvertrag.

Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind bei der Vermittlung von Arbeit die Tarifverträge für die Lohnhöhe bindend. Der § 62 des Gesetzes vom 16. Juli 1927 schreibt ausdrücklich vor:

Soweit ein Tarifvertrag besteht, darf die Vermittlung beteiligter Arbeitnehmer an beteiligte Arbeitgeber ... nur zu tariflich zulässigen Bedingungen erfolgen.

Und nach § 90 deselben Gesetzes kann der Arbeitnehmer die Annahme einer Arbeit verweigern, wenn für die Arbeit nicht der tarifliche oder, soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf übliche Lohn gezahlt wird.

Auf keinen Fall darf die Arbeitsvermittlung bei einem Tarifbruch mitwirken. Da Tarifverträge aber in der Regel nur Mindestbedingungen enthalten, so ist eine Arbeitsvermittlung zu Bedingungen, die dem Arbeitnehmer günstiger sind, zulässig, allerdings nicht dort, wo solches ausdrücklich im Tarifvertrag ausgeschlossen ist.

Besteht eine tarifliche Lohnfestsetzung nicht, so ist nach Absatz 2 des § 62 der Arbeitsvermittler an die örtlichen üblichen Mindestlohnsätze gebunden. Er muß eine Vermittlung, die gegen sie verstoßen würde, ablehnen. Ortsübliche Mindestlöhne sind die in dem betreffenden Beruf für die betreffende Kategorie der Arbeitnehmer an dem betreffenden Beschäftigungsort üblichen Mindestlöhne (nicht etwa der meist sehr niedrig festgesetzte „Ortslohn“ im Sinne der §§ 149 ff. RVO.). Als „üblich“ gilt ein Lohn dann, wenn er in dem größten Teil der Arbeitsverhältnisse gleicher Art in dieser Höhe gezahlt wird. ck.

Einnahmen und Ausgaben in der Invalidenversicherung.

Ueber die Einnahmen aus den Beiträgen zur Invalidenversicherung und über die Ausgaben der Versicherungsträger für Renten, freiwillige Leistungen und Verwaltung (letztere beiden Posten sind zusammengezogen) hat das Reichsversicherungsamt über die Zeit vom Januar 1925 bis August 1927 in seinen „Amtlichen Nachrichten“ eine interessante bildliche Darstellung gebracht. Nach dieser Darstellung haben nur einmal im August 1925 und dann im ersten Vierteljahr 1926 die Ausgaben die Einnahmen überstiegen.

Die Rentenlast betrug im Januar 1925 nach der bildlichen Uebersicht etwa 22½ Millionen, im August 1927 rund 50 Millionen Mark (ohne die Reichszuschüsse). Für freiwillige Leistung und Verwaltung wurden zu denselben Zeitpunkten aufgewandt 6 bzw. 10 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich im Januar 1925 auf rund 41 Millionen, im August 1927 auf rund 71 Millionen Mark. Sie überstiegen im August 1927 die Ausgaben um etwa 11 Millionen Mark.

Zur Beachtung für Arbeitslose. Jeder Arbeitslose muß nach der Eintragung beim Nachweis bei seinem zuständigen Bezirksarbeitsamt einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen.

Zu diesem Antrage muß er, um ein reibungsloses Arbeiten mit den Angestellten der Bezirksarbeitsämter herbeizuführen und um ihm selbst zeit- und geldraubende Gänge zu ersparen, folgende Papiere mitbringen:

1. Invaliden- oder Versicherungskarte.
2. Stempel-(Kontroll-)Karte des Nachweises.
3. Familienkassenbuch, wenn er für seine Ehefrau und Kinder Familienzuschläge beantragt. Wenn die Kinder bereits im Lehrverhältnis stehen, ist der Lehrkontrakt und eine Bescheinigung des Lehrherrn über die Höhe des etwa gezahlten Vergütungsgeldes mitzubringen.
4. Arbeitsbescheinigungen über das dem Tage der Arbeitsloswerden vorausgegangene Jahr. Die letzte Arbeitsbescheinigung muß einen klaren Entlassungsgrund enthalten (Arbeitsmangel, Betriebsumstellung, für unsern Betrieb nicht geeignet, Aushilfe beendet). Der Vermerk „ordnungsmäßig entlassen“ genügt nicht.
5. Eine Bescheinigung über den Bruttoverdienst der letzten vollen 13 Arbeitswochen und eine Bescheinigung der zuständigen Krankenkasse über die ordnungsmäßige Zugehörigkeit.

Bei verkürzter Arbeitszeit ist der Bruttoverdienst in die Bescheinigung einzusetzen, der bei normaler Arbeitszeit zur Berechnung kommen müßte. Diese beiden Bescheinigungen sind unbedingt nötig, weil nach dem Bruttoverdienst der letzten 13 Arbeitswochen der Unterstützungssatz errechnet wird. Zu diesen Bescheinigungen sind nur die vorgeschriebenen Formulare zu verwenden, die bei den Bezirksarbeitsämtern erhältlich sind.

6. Krankenkassenausweis (Mitglieds-Nummer), wenn sich der Arbeitslose bei einer Ersatzkasse weiterversichern will.

7. Bescheinigungen der Krankenkassen über zurückgelegte Krankheiten.

8. Bescheinigung des zuständigen Polizeireviere über den gegenwärtigen Wohnort und über den Aufenthalt der letzten 3 Jahre.

9. Rentenfestsetzungsbescheid.

10. Mietsvertrag.

Arbeitslose, die einen Antrag auf Krisenunterstützung stellen, müssen Bescheinigungen über die Höhe des Einkommens der im Haushalt befindlichen Familienmitglieder mitbringen weil für die Krisenunterstützung die Prüfung der Bedürftigkeit bestehen geblieben ist.

Arbeitslose, die während des Unterstützungsbezuges krank werden und Krankengeld beziehen, müssen, wenn sie wieder gesund geschrieben werden, einen Nachantrag bei ihrem Bezirksarbeitsamt stellen.

Arbeitslose, die sich bei einer Arbeitsaufnahme die restlichen Tage der Unterstützung abholen, müssen noch im Besitze der Stempelkarte oder eines Schlüssels des Nachweises sein.

Vermittlungsscheine des Nachweises genügen nicht. Wenn der Arbeitslose diese Ratschläge befolgt, wird er den aufnehmenden Angestellten und den Sachbearbeitern seiner Anträge viele unnütze Worte und viel Zeitverlust ersparen und den Angestellten der Bezirksarbeitsämter werden unbediente Schmähworte erspart bleiben.

Literarisches.

Soziale Bauwirtschaft. Illustrierte Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe. Monatliche Bezugsgebühr 1 M, für Gewerkschafter 50 Pf. (Monatlich zwei Hefte.)

Veranstaltungsanzeiger.

Sonntag, den 27. November:

Oppeln: Vormittags 9½ Uhr bei Jonnisch, Bleichstr. 3.

Montag, den 28. November:

Anklam: Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“.

Donnerstag, den 1. Dezember:

Vielefeld, Bezirk Bünde: Abends 5 Uhr bei Ludwig Sieker, Neue Straße. — Olschau: Nach Feierabend im Gasthaus „Zur Taube“.

Freitag, den 2. Dezember:

Merseburg: Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur guten Quelle“, Saalfraße. — Merseburg-Leuna: Abends von 6 bis 8 Uhr Jahlabend im Lokal „Selterer Blick“ in Leuna. — Neustadt a. d. Orla: Nach Feierabend im „Eiskeller“. — Trier: Nach Feierabend bei Meyer, Simeonstrasse. — Wiesdorf a. Rh.: Abends 7 Uhr beim Gastwirt Sorini, Schiebergstraße. — Wittenberge: Nach Feierabend in der „Zentralhalle“, Turmstraße.

Sonntag, den 3. Dezember:

Altena i. Westf.: Abends 7½ Uhr im „Westfälischen Hof“. — Braunschweig: Abends 7½ Uhr in der „Stadt Helmsiedt“. — Buzlau: Eine Stunde nach Feierabend im Volkshaus. — Dessau: Gleich nach Feierabend im „Tivoli“. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Essener Straße. — Hagen i. W.: Abends 8 Uhr bei Franz Hohmann, Ecke Kölner und Elberfelder Straße. — Oranienburg: Abends 7 Uhr bei Ernst Radlow, Bernauer Straße. — Schweinfurt: Nach Feierabend bei Vogt, Krumme Gasse.

Sonntag, den 4. Dezember:

Böschung: Vormittags 10 Uhr bei Gustav Janzen, Marienstraße. — Call: Vormittags 11 Uhr im Hotel Roland. — Cüstrin: Nachmittags 3 Uhr bei Wiltz, Plantagenstraße. — Deutsch-Krone: Nachmittags 2 Uhr bei Gräber, Trift. — Eisleben: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Vormittags 10 Uhr bei Rottmann, Industriestraße. — Hildesheim: Vormittags 10 Uhr bei Wendelin, Am Bahnhof. — Jarmen: Nachmittags 2 Uhr in der Herberge. — Kulmbach: Vormittags 10 Uhr bei Heijinger, Grabenstraße. — Lengerich: Vormittags 10 Uhr bei Friedrich Bunsmann am Bahnhof. — Marne: Nachmittags 3 Uhr im Verkehrslokal. — Münster i. W.: Vormittags 10½ Uhr bei Stofte, Krummer Timpen. — Pinneberg: Nachmittags 3½ Uhr in der Herberge. — Polzin: Vormittags 9 Uhr bei Paul Holz. — Salzungen: Vormittags 10 Uhr bei Reibke, „Lippescher Hof“. — Solingen: Vormittags 10 Uhr bei Kirchner, Hofstr. 37. — Würzburg: Vormittags 10 Uhr in der „Stadt Mainz“.

Sterbetafel.

Barnsdorf. Am 1. November verunglückte tödlich durch Sturz mit dem Rade unser Kamerad **Heinr. Heumann** im Alter von 38 Jahren.

Breslau. Am 5. November starb infolge Zuckerkrankheit unser Kamerad **Julius Sommer** im Alter von 47 Jahren.

Danzig. Am 9. November starb unser Kamerad **Gustav Maas** an Darmkrebs.

Deutsch-Lissa. Am 26. September starb unser Kamerad **Anton Klemt** im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

Duisburg. Am 16. November starb infolge eines Schlaganfalles unser treuer Kamerad **Gustav Keil** (Bezirk Hamborn) im Alter von 50 Jahren.

Essen. Infolge Unglücksfalls starb am 17. Oktober unser Kamerad **Edmund Schmäh**. — Am 6. November starb an der Zuckerkrankheit unser Kamerad **Franz Römer**.

Leipzig. Am 9. November starb unser Kamerad **Friedrich Häbler** im Alter von 76 Jahren an Lungenerkrankung.

Lörrach. Am 13. Oktober verunglückte tödlich unser Mitglied **Robert Schaf** im Kraftwerk Niederschwörstadt beim Anlegen eines Treibriemens.

München. Am 8. November starb unser Kamerad **Adolf Liner** infolge eines Gehirnschlages im Alter von 62 Jahren.

Waldenburg i. Schl. Am 4. November starb unser Kamerad, der Zimmerpolier **Wilhelm Obloch** aus Jankawe, Kr. Militsch, im Alter von 47 Jahren infolge Herzschlages.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Giddichow a. d. O.

Das Umschauen ist verboten! Arbeit wird durch Kamerad **Georg Sasse**, Bergstr. 9, nachgewiesen. [3 M]

Zahlstelle Rathenow.

Wegen Arbeitsmangels in Premnitz (Wohnungsbau-gesellschaft Th. Vatter) ist Zugang fernzuhalten. [3,75 M]

Der Vorstand.

Zahlstelle Siegen.

Die Abwicklung der Kassengeschäfte findet jeden Freitagabend von 7 bis 9 Uhr im Lokale des Herrn **Fr. Franke**, Poststr. 19, statt. [3,75 M]

Der Vorstand.

Fritz Wendt, geboren in Dessau, sende Deine Adresse sofort nach **Raudorf 21 bei Deuben**. [2,25 M]